

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Mühsinghaus, Berlin.
Telefon: Hans Döhring 4198-4199



Anschrift für Briefe und Bestellungen:
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telefonnummer: Copadient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bester Nachrichten gefertigt. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart. © Druckkosten für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 13. Okt. 1931

Gegen die Katastrophenfronten.

Der Reichskanzler vor dem Reichstag.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Nach mehr als 6 Monaten Pause wieder Reichstag. Die Hoffnung der Antiparlamentarier, dass der Reichstag nie wieder zusammentreten werde, hat getrogen. Das Reichsparlament entscheidet über das Schicksal der Reichsregierung. Der Reichskanzler hat in feierlichen und bewegten Worten die Verantwortung ausdrücklich dem Reichstag zugewiesen. Das Parlament entscheidet über das was kommen soll.

Alle grossen Sensationen bleiben aus. Nur mässige Ansammlungen hinter der polizeilichen Postenkette, die Auffahrt und Eingänge freihielt. Es gingen Gerüchte, dass die Nazis ihren ruhmlosen Parlamentsstreik in braunen Uniformen abbrechen und die Kommunisten als Rot Front kostümiert einrücken würden. Nichts davon. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen liessen sich nur durch einige Horchposten vertreten. Der Rest ihrer Fraktion sah ab und zu wie neugierige Knaben in den Saal. Die Kommunisten kamen zunächst sehr artig und ohne jedes Aufsehen an. Alle Tribünen, auch die der Diplomaten waren überfüllt.

Reichstagspräsident Löbe hielt zunächst 2 verstorbenen Abgeordneten, dem Zentrumsmann Kerp und dem Nationalsozialisten Gmeinder die Gedächtnisrede. Dann kam der erste Versuch zu einem kleinen Scharmützel. Die Kommunisten verlangten Aufhebung der polizeilichen Absperrungen vor dem Hause. Die Mehrheit lehnte Rüpelreiheit für die SA-Leute ab. Nur die paar deutschnationalen und nationalsozialistischen Vorposten unterstützten elegisch die Kommunisten.

"Das Wort hat der Herr Reichskanzler." Ein paar Kommunisten riefen: "Hungerkanzler", als Dr. Brüning an das Rednerpult trat. Auch während der Kanzlerrede schimpften die Kommunisten fleissig, aber für ihre Begriffe blieb der lärmende Chor in mässigen Grenzen. Von einem Aufbäumen gefesselter Leidenschaft jedenfalls keine Spur.

Der Reichskanzler hielt eine Rede gegen rechts. Den Kommunisten war nicht ein Wort gewidmet. Die Reichsregierung scheint die russische Linksoption politisch für ungefährlich zu halten. Der Harzburger Inflationfront galt gleich der erste Programmpunkt Brünings "Unbedingte Stabilität der Währung". Nicht minder war folgender Satz auch gegen die Harzburger Katastrophenfront zugespielt: "Tilgung der kurzfristigen Auslandsschulden und endgültige Regelung der Reparationsfrage". Auch das Bekanntnis des Kanzlers zur Sozialpolitik, zum Tarifgedanken und zum verfassungsmässigen Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten war ein Stoss gegen die Harzburger Lohnräuberfront, gegen die Schwerindustrie und die von ihr bestochenen Nationalsozialisten. Dagegen war die Bemerkung, dass die Tarife grössere Elastizität haben sollen, eine Konzession an Unternehmerwünsche. Zwar forderte der Kanzler dieselbe Elastizität für Kartellpreise, aber in Sachen Preisabbau hat der jetzige Reichskanzler zu gründlich versagt, als dass er auf Glauben rechnen könnte.

Mitten in der Rede klappte Brüning sein Manuskript zu und setzte seine

Abrechnung mit der Rechten frei fort. Der rhetorisch nicht eben begabte Mann steigerte sich in temperamentvolle Gesten hinein. So sehr empfindet er die verlogene und vergiftete Kampfweise der Rechten. Er warf dem Harzburger Generalstab der deutschen Schwerindustrie vor, dass diese Clique den Versuch zu einer Zerstörung des Glaubens an die deutsche Währung gemacht habe. Hier eilte das geistige Haupt der deutschen KPD-Zentrale den Herren Schacht und Vöglér zu Hilfe. Der Kommunist Neumann rief dem Kanzler zu, man solle die Mark an den Sowjétrubel anpassen. Es gab ein paar Minuten lang schallendes Gelächter über eine solche Zumutung. Man sollte aber nicht nur lachen, wenn hier die KPD durch den intimsten Vertrauensmann der Moskauer eine tolle Inflation fordert. Inflation von einem Ausmasse, wie sie selbst die grössten kapitalistischen Inflationsräuber nicht erträumen. Mark gleich Sowjétrubel! das bedeutet Vernichtung von mindestens Vierfüntel allen deutschen Sparkapitals, bedeutet Verlust von Milliarden Mark aus den notdürftig wieder aufgefüllten Kassen der sozialen Versicherungsträger, bedeutet inflationistischen Lohnabbau, gegen den der jetzige Lohnraub eine beinahe harmlose Sache wäre. So nahe berühren sich die Harzburger und Moskauer Inflationsfront.

Der Reichskanzler polemisierte gegen die von den Harzburgern und ihren schwerindustriellen Geldgebern propagierte Forderung, die Krise vorwiegend durch Lohnsenkung zu überwinden. Hier war der Kanzler, wie an einigen Stellen der Rede auch, zu schwach. Er hätte die Parole ausgeben müssen: "Schluss mit der Gehalts- und Lohnsenkung, sofern nicht entsprechender Preis- und Mietabbau erfolgt."

Scharf zugespitzt waren dagegen die Partien der Kanzlerrede, die die Mitverantwortung der deutschnationalen Reichsminister für den Ruin der Reichsfinanzen feststellen. Hugenbergs Pleitegeier rauschte durch das Haus, als Brüning fragte, ob man etwa ihn, den Reichskanzler, auch für die Bankenkrisis verantwortlich machen wolle. Ob er denn ganz deutlich werden sollte? Er wurde es nicht, aber alle Welt weiss: er hielt den Harzburger Inflationskünstlern die Hugenberg-Pleite um Ostbank und Raiffeisen vor. Der Kanzler dachte an Hugenbergs phantastische Millionenschulden bei Herrn Jakob Goldschmidt von der Danatbank. Die Herren Hugenberg und Compagnie sind es, die durch eine neue Inflation auf Kosten der kleinen Sparer sich noch einmal gesund machen wollen.

Ein optimistischer Ausklang, reichlich optimistisch sogar, schloss die Kanzlerrede. Dr. Brüning, der zugab, sein Amt beinahe ohne Hoffnung angetreten zu haben, sprach die feste Zuversicht aus, dass Staat und Wirtschaft und Volk den Winter überstehen werden. Er sieht die Nebel der tiefsten Krise sich verteilen und freie Wegstrecken eröffnen sich seinem Blick. Ob das nur eine Vision ist oder Wirklichkeit wird, weiss in dieser Stunde niemand. Die Entscheidung muss aber nahe sein. Wir sehen noch keinen Grund, Hoffnungen zu erwecken. Unser Wille ist im Augenblick darauf gerichtet, zu verhindern, dass das letzte in Deutschland durch die Harzburger und die Moskauer Inflations- und Zerstörungfront vernichtet wird.

Der Kanzler weiss, und drei sozialdemokratische Redner werden es ihm in den nächsten Tagen noch sehr deutlich sagen, dass er uns nicht als der Führer in Neuland gilt. Wir stützen ihn, weil er und seine Partei eine der Bastionen gegen Bürgerkrieg und eine akute Hungersnot sind, die unausdenkbaren Umfang annehmen müsste. Von Harzburg kommt die Parole: "Alle Arbeiterrechte, alle Arbeiterkultur niederreißen!" Diese verbrecherfront wollen wir und werde wir von der Macht zurückhalten. Wir verteidigen was errungen ist. Wir halten den Boden, auf dem ein neuer Aufstieg der Arbeiterklasse möglich ist und kommen wird.

SPD. Paris, 13. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident empfing am Dienstag den amerikanischen Bankier Morgan, der sich zurzeit in Paris aufhält. Der Ministerpräsident dürfte sich angesichts seiner Reise nach Washington bei Morgan über die Ansichten der amerikanischen Bankkreise hinsichtlich einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums und über die amerikanische Finanzkrise unterrichtet haben.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag nach der Rede des Reichskanzlers zu einer kurzen Sitzung zusammen. Ohne Aussprache wurde beschlossen, die gegen das Kabinett Brüning vorliegenden Misstrauensanträge abzulehnen.

Bestimmend für diese Entscheidung waren die Gründe, die bereits in der Sitzung von Montag ausgeführt worden sind. Die Rede des Reichskanzlers bot keinen Anlass, die politische Situation jetzt anders zu beurteilen. Die Tagung der sogenannten nationalen Opposition in Harzburg hat gezeigt, dass das Grosskapital mit Unterstützung der Nationalsozialisten zum entscheidenden Schlag gegen die Rechte des werktätigen Volkes ausholt. In ihrer Presse wird jetzt ganz offen mit dem Putsch gedroht, wenn die Diktatur des Schwerkapitals und der Grossagrarien auf parlamentarischem Wege diesmal nicht verwirklicht werden sollte. Die Sozialdemokratische Fraktion will durch ihre Entscheidung verhindern, dass durch eine neue Inflation die Gewerbetreibenden und kleinen Sparer noch einmal enteignet werden, dass durch rücksichtslosen Lohnabbau, Zerschlagung des Tarifrechts und der Sozialgesetzgebung die Existenz der arbeitenden Massen vernichtet wird.

Als erster Redner der Sozialdemokratischen Fraktion wird der Abgeordnete Dr. Breitscheid bei Beginn der Sitzung am Mittwoch das Wort ergreifen. Zum zweiten Redner wurde der Abgeordnete Aufhäuser bestimmt.

SPD. Weimar, 13. Oktober (Eig. Drahtb.)

Eine Funktionärsitzung der Sozialdemokratie der Kreise Saalfeld und Rudolstadt nahm eine Entschliessung an, in der die Spaltungsarbeit der Rosenfeld und Seydewitz einmütig verurteilt wird. Heerwagen-Arnstadt, ein persönlicher Freund Rosenfelds, bezeichnete das Vorgehen der Spalter als einen Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front der Arbeiterklasse. Rosenfeld reise jetzt im Lande umher und erzähle, dass seine bisherigen Mitarbeiter ihn schnöde verlassen hätten. In Wirklichkeit aber hätte Rosenfeld seine Freunde verlassen.

In Königsee Kreis Rudolstadt beschäftigte sich eine stark besuchte Versammlung der Sozialdemokratie ebenfalls mit den Spaltern. Anstelle von Rosenfeld war der bisherige Redakteur des Saalfelder Volksblattes Schaber erschienen. Ihm traten Hartmann-Weimar und Heerwagen entgegen, auf deren sachliche Ausführungen Schaber nur mit masslosen persönlichen Beschimpfungen zu antworten wusste. Er erreichte damit, dass eine Anzahl Rudolstädter Funktionäre, die die SPD verlassen hatten, zurückkehrten.

SPD. Genf, 13. Oktober (Eig. Drahtb.)

Unter ungeheurer Spannung und bei starkem Andrang von Presse und Publikum begann am Dienstag um die Mittagsstunde die Ratstagung, die ausschliesslich dem chinesisch-japanischen Konflikt gewidmet ist. Spaniens Vertreter Madariaga eröffnete die Sitzung mit einer Entschuldigung für Lerroux, der durch Verfassungsarbeiten in Madrid zurückgehalten sei. Er bat Briand im Namen Lerroux und des Rates, den Vorsitz zu übernehmen. Mit der Bemerkung, dass

es offenbar seine Bestimmung sei, gerade in solchen delikaten Fragen den Vorsitz im Rat zu führen, übernahm Briand die Leitung. Er gab in einer längeren Erklärung zunächst einen Ueberblick über die Lage, wie sie sich seit dem Ratsbeschluss vom 30. September entwickelt hat.

Sze-China gab dann eine Schilderung der Vorgänge. Die Truppen Japans seien nicht nur nicht zurückgezogen worden, sondern hätten noch weitere Gebiete besetzt und neue Gewalttaten begangen, wie das Bombardement von Tsingtau. Es sei die Pflicht des Rates, für die Zurückziehung der japanischen Truppen Massnahmen zu treffen. Das sei nur ein vorläufiger Schritt, dem die Regelung des ganzen Konfliktes folgen müsse. China habe sich an seine Verpflichtungen als Mitglied des Völkerbundes gehalten. Seit dem Einfall habe es sich jedes Widerstandes enthalten. Die Gewalttat gegen China sei eine Gewalttat gegen all anderen Staaten. Sein Land frage daher, wann die Truppen zurückgezogen würden und ob der Rat gewillt sei, China Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu verschaffen. China habe auf den Völkerbund und auf den Kelloggspakt vertraut. Ver-sage der Völkerbund jetzt: Was bliebe dann noch, um den Frieden zu sichern. Die Aufgabe des Völkerbundes sei mit dem Schicksal und dem Wohl der ganzen Welt verbunden.

Die Sitzung wurde nach den Ausführungen des chinesischen Delegierten auf Nachmittags vertagt.

SPD. Die Kommunisten haben im Reichstag einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Brüning eingebracht. Sie stehen damit im Begriff, sich in dem schweren Kampf zwischen der vereinten Reaktion und der Arbeitnehmerschaft aller Richtungen wieder einmal auf die Seite der Reaktion zu schlagen.

SPD. Paris, 13. Oktober (Eig. Drahtb.)

Aus Tokio wird mitgeteilt, dass der japanische Aussenminister und der chinesische Gesandte in Japan am Montag-Abend versucht haben, direkte Verhandlungen über die Regelung des Mandschurischen Konfliktes einzuleiten. Ob mit Erfolg oder nicht ist noch zweifelhaft.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einer grossen Anzahl von Anträgen und Gesetzentwürfen ihre programmatischen Forderungen zur künftigen Gestaltung der Reichspolitik niedergelegt. Im folgenden wird eine ge-drängte Uebersicht über diese Anträge gegeben, die zum Teil gleichzeitig Ab-änderungsanträge zur neuesten Notverordnung darstellen.

An der Spitze stehen die Anträge, die eine gleichmässige Verteilung der Lasten aus der Wirtschaftskrise bezwecken. Die einen sollen nicht prassen, wenn die andern hungern. Deshalb fordert die Sozialdemokratie Revision der Fürstenenteignung, verschärfte Pensionskürzung und verschärften Zwang zur Her-absetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft. Der

Antrag über die Fürstenenteignung

hat folgenden Wortlaut:

- 1.) Die Länderregierungen werden ermächtigt, alle Leistungen aus Verträgen oder Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen.
- 2.) Die Länderregierungen werden ermächtigt, die auf Grund von Urteilen oder Verträgen zustande gekommenen Auseinandersetzungen mit ehemaligen Fürsten-häusern oder standesherrlichen Familien unter Berücksichtigung der wirt-schaftlichen Notlage der Länder und weitester Volkskreise neu zu regeln.
- 3.) Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

Der

Antrag zur Pensionskürzung

bringt eine wirksame Verschärfung der völlig unzureichenden Vorschriften der Notverordnung. Er sieht vor:

1. Kürzung sämtlicher Pensionen auf 12 000 Mark,
2. Anrechnung jedes sonstigen Einkommens von mehr als 4 000 Mark auf die Pension, wobei die Pension um 50 % des überschüssenden Betrages gekürzt wird. Damit werden die Doppelverdiener unter den Grosspensionären empfindlich getroffen, während gleichzeitig die kleinen Pensionen geschont bleiben.

Die neue Notverordnung hat den Forderungen der Sozialdemokratie bereits insoweit Rechnung getragen, als sie auch Bestimmungen über die Herabsetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft enthält. Aber diese Bestimmungen sind unzureichend. Um ihre Anwendung allgemein zu erzwingen, fordert die Sozialdemokratie:

1. alle hohen Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12 000 Mark werden um 20 bis 50 % gekürzt;
2. führt ein Unternehmen diese Kürzung nicht oder nur unvollständig durch, so muss es den Unterschiedsbetrag in der Form einer Sondersteuer an das Reich abführen.

Von ebenso grosser Wichtigkeit sind die sozialdemokratischen Anträge zur Sozialpolitik. Sie bezwecken, den Arbeitslosen ihre Unterstützungen, den in Arbeit Stehenden ihre Löhne in vollem Umfange zu erhalten. Dem Lebensinteresse der Erwerbslosen dient der

Antrag über die Winterhilfe.

In der Notverordnung hat die Regierung die Bestimmung getroffen, dass die Arbeitslosenunterstützung bis zu 1/3 nicht in bar, sondern in Naturalien gewährt werden kann. Die Sozialdemokratie ist entschiedener Gegner dieser Vorschrift: sie verlangt die Naturalunterstützung nicht anstelle, sondern neben der Geldunterstützung. Ihr Antrag fordert die Reichsregierung auf,

„zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine Winterhilfe nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:

1. Die Winterhilfe ist eine zusätzliche Naturalhilfe für alle Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung, und zwar für die Zeit vom 1. November 1931 bis zum 31. März 1932. Sie besteht in der Belieferung mit Kartoffel und Kohle.
2. Die Naturalhilfe darf nicht zu einer Minderung der Geldunterstützung führen,
3. Die Naturalhilfe soll umfassen:
 - a) Kartoffeln, 1,5 Ztr. pro Kopf der zum Haushalt des Unterstützungsberechtigten gehörenden Personen,
 - b) Kohle, 20 Ztr. für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt,
4. Die Kohlensyndikate sind zu verpflichten, die Kohlen zu Preisen zu liefern, die nicht über den Durchschnitt der jeweiligen Exporterlöse liegen,
5. Die Beschaffung von Kartoffeln soll in der Weise erfolgen, dass der Kartoffelmarkt entlastet wird und die Verluste bei der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein möglichst verringert werden.“

Einen Wahl gegen Lohnabbau und Zerschlagung des Tarifsystems will der sozialdemokratische

Antrag zum Tarifrecht

aufzurichten. Er verlangt von der Reichsregierung

„Alle Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen; insbesondere sind die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifrechts abzuwehren.“

Besonders wichtig ist auch der Antrag zur entscheidenden Änderung der Bestimmungen der Notverordnung über die Einschränkung von Ausgaben der öffentlichen Verwaltung. Auf Grund dieser Vorschrift könnte die Reichsregierung ohne den Reichstag, ja sogar ohne Notverordnung durch einfachen Verwaltungsakt die

Leistungen sämtlicher Sozialversicherungen herabsetzen. Ebenso könnten die Landesregierungen ihren Gemeinden vorschreiben, was sie für Ausgaben zu machen haben, und auf diese Weise insbesondere die Senkung der Wohlfahrtsunterstützung erzwingen. Die Sozialdemokratie verlangt daher die glatte Streichung dieser Bestimmungen.

Die dritte Gruppe der sozialdemokratischen Anträge umfasst die wirtschafts- politischen Forderungen. In ihnen zeigt die Sozialdemokratie, wie auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft die Ueberwindung der Krise und der Arbeitslosigkeit angebahnt werden kann. Ihr Hauptvorstoss ist gegen Kartelle und Monopole, auf Senkung aller Preise, insbesondere der Lebenshaltungskosten gerichtet. Dieser Antrag lautet folgendermassen:

"Der Reichstag wolle beschliessen,

1. Massnahmen zu treffen zur Senkung der überhöhten Kartellpreise, namentlich für Eisen, Kohle, Zement, Düngemittel und Triebstoffe,
2. Massnahmen zu treffen gegen Preisüberhöhungen, die auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und der Versorgung mit Gegenständen und Leistungen des täglichen Bedarfs durch Preisbindungen von Innungen oder Zweckverbänden, die sich mit dem Preise der Innungen decken, hervorgerufen werden, oder die auf Preisbindungen der nächsten Wirtschaftsstufe beruhen.
3. Die Einführung einer straffen und wirksamen Monopol- und Kartellkontrolle vorzubereiten im Sinne des Entwurfs eines Kartell- und Monopolgesetzes nach dem Antrag Nr. 439 Dr. Breitscheid und Genossen vom 5. Dezember 1930."

Diese Forderungen zur Kartell- und Monopolkontrolle werden ergänzt durch einen Antrag über die Reform des Aktienrechts. Dieser Antrag will mit den Missständen aufräumen, die sich bei den Vorzugsaktien und bei dem Depotstimmrecht der Banken herausgebildet haben und mit eine Ursache für die allgemeine kredit-schädigende Vertrauenserschütterung sind.

Gleiche Verteilung der Lasten und

wirksame Heranziehung der Besitzenden

ist auch der Leitgedanke der sozialdemokratischen Anträge zur Finanzpolitik. Die früheren Notverordnungen haben den breiten Massen schwere Opfer auferlegt und ihnen wichtige steuerliche Rechte, wie z.B. die Lohnsteuererstattungen, geraubt. Deshalb ist es nur recht und billig, wenn endlich auch die besonderen Vergünstigungen bei den Besitzsteuern beseitigt werden. Der Verlustgortrag bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer muss wieder aufgehoben und die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse bei der Einkommensteuer muss auf die Einkommen bis zu 8 000 Mark beschränkt werden. Weitere Anträge bezwecken den verschärften Kampf gegen die immer mehr überhandnehmende Kapital- und Steuerflucht. Die Regierung wird erneut aufgefordert, in Verhandlungen über den Abschluss von Rechtshilfeverträgen mit den auswärtigen Staaten einzutreten. Je mehr die Kapital- und Steuerflucht zu einer internationalen Erscheinung geworden ist, umso grösser ist auch das Interesse der anderen Staaten am Abschluss solcher Verträge. Ausserdem muss endlich dafür gesorgt werden, dass sich die grossen Einkommensbezieher dem grössten Teil ihrer Steuerpflichten nicht einfach dadurch entziehen können, dass sie ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen.

Besondere Anträge hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Aufrechterhaltung der Hauszinssteuer und zur Sicherung des Wohnungsbaues gestellt. Die neue Notverordnung senkt die Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer um 20 % und macht damit eine Fortführung des öffentlichen Wohnungsbaues fast völlig unmöglich. Die Sozialdemokratie verlangt,

1. dass die allgemeine Senkung der Hauszinssteuer um 20 % wieder aufgehoben wird und es bei der individuellen Regelung auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 bleibt;
2. dass die Erträge der Hauszinssteuer im bisherigen Umfange für den Kleinwohnungsbaue verwendet werden;

3. dass die Kleinhausbesitzer mit Häusern unter 5 000 Mark Friedenswert von der Hauszinssteuer befreit werden und
4. dass die Mieten der kleinen Neubauwohnungen durch Steuerbefreiung, Zinsstundung, Zinszuschüsse usw. gesenkt werden.

Neben die Hilfe für die Mieter tritt die Hilfe für die Pächter. Viele kleine Pächter haben in den letzten Jahren Pachtverträge abgeschlossen, die infolge der allgemeinen Preissenkung für sie eine ausserordentlich drückende Last geworden sind. Um sie von dieser Last zu befreien, sieht ein sozialdemokratischer Antrag eine allgemeine Senkung der Kleinpachten um 20 % vor. Dieser Antrag hat besonders für das platte Land eine grosse Bedeutung.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokratie verlangt die Senkung des Zuckerpreises um 3 Mark je dz. Infolge der Verdoppelung des Zuckertzolls durch die Notverordnung vom 5. Juni ist auch der Kleinverkaufspreis für Zucker gestiegen. Um die Verteuerung dieses wichtigen Massennahrungsmittels zu mildern, soll durch Senkung des gesetzlichen Zuckermaximalpreises Landwirtschaft und Industrie mit zu den Lasten der Zollerhöhung herangezogen werden.

SPD. Neurode, 13. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Beginn der Abrüstungsarbeiten auf der Wenzeslausgrube im Kreis Neurode - die Grube hat Konkurs gemacht - rief unter den Bergarbeitern grosse Erregung hervor. Am Dienstag nachmittag marschierte ein nach Tausenden zählender Demonstrationzug nach Neurode zur Kreisverwaltung, um gegen die Stilllegung zu protestieren. Vertreter der früheren Angestellten und Arbeiter der Grube machten nachdrücklich auf die gefährliche Spannung in der Bevölkerung aufmerksam.

Landrat Dr. Poppe antwortete den Wortführern der Demonstration, dass er alles tun werde, um der Arbeiterschaft den Betrieb zu erhalten. Im gleichen Sinn hätten sich auch schlesische Abgeordnete der Sozialdemokratie und des Zentrums energisch bemüht. Infolge der Krise seien allerdings viele Bemühungen fruchtlos verlaufen. Trotzdem sei noch kein Anlass zur Verzweiflung. Er bitte die Bevölkerung, weiter die mustergültige Ruhe zu bewahren, die sie bisher trotz aller Belastung gezeigt habe.

Die Demonstration fand ihren Abschluss mit der einstimmigen Annahme einer Entschliessung, in der schärfstens gegen jede Abrüstungsmassnahme auf der Grube Protest erhoben wird. "Wir sind," so heisst es in der Willenskundgebung, "zu Opfern bereit. Sogar vom Brandunglück betroffene Arbeiter stellen ihre Versicherungsgeschädigung der Betriebsgemeinschaft zur Verfügung. Um so dringlicher fordern wir mit unserem verfassungsmässigen Recht ausserste Mittel von Staat und Reich, damit sich nach dem Plan unserer Betriebsgemeinschaft die Tore zu unserer Arbeitsstelle wieder öffnen."

Die Betriebsgemeinschaft, von der in der Entschliessung die Rede ist, wurde in den letzten Tagen von der Belegschaft unter schweren Opfern geschaffen um für eine eventuelle Wiederinbetriebnahme der Grube eine Rechtsperson zu schaffen.

+

Die Wenzeslausgrube ist eine höchst gefährliche Grube. Der Name Neurode erinnert an furchtbare Grubenkatastrophen. Die Bergarbeiter aber kämpfen wie Verzweifelte darum, in der Wenzeslausgrube weiter arbeiten zu dürfen. Gibt es etwas Grausigeres, als dieser Kampf um eine vom Tod umlauerte Arbeitsstelle?

SPD. Genf, 13. Okt. (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Nachmittagssitzung des Völkerbundsrats gab der Japaner Yoshizawa eine lange geschichtliche Darstellung des Kampfes um die Mandschurei; Japans Ueberfall auf China 1894 mit Wegnahme des südlichen Teiles der Halbinsel Liaotung, die auf Intervention von Frankreich, Russland und Deutschland wieder aufgegeben werden musste; die ersten Verträge Chinas mit Russland und dessen Besitzergreifung der Mandschurei während des Boxeraufstandes; Japans Krieg gegen Russland und die Wegnahme des Koreaertrages und der südmandschurischen Bahn 1905.

Japan - so fuhr Yoshizawa fort - wolle die Mandschurei nicht annectieren, aber es besitze dort lebenswichtige Interessen und verteidige die gleichen Chancen und die offene Tür für die wirtschaftliche Tätigkeit aller Nationen. Seit Jahren habe China diese geschichtliche Voraussetzung beiseite geschoben und die Verträge oft verletzt. In die antijapanischen Aktionen seien dann die Gewalttate hineingeplatzt, die den Einmarsch provoziert hätten. Deshalb hoffe die japanische Regierung, dass China wieder auf die früheren Gepflogenheiten zurückkomme und durch aufbauende Zusammenarbeit mit Japan in neuer Weise alle Ursachen zukünftiger Konflikte ausräume. Es sei kein Wechsel möglich über diesen fundamentalen Punkt. Die Truppen würden zurückgenommen werden, wenn die notwendige Sicherheit für die Japaner garantiert sei. Theorien dürfe man keine zu grosse Bedeutung beimessen. Man müsse sich an der praktischen Wirklichkeit halten. China müsse selbst erst die wichtigsten Schranken gegen die Rücknahme der Truppen wegräumen, und zwar in direkten Verhandlungen.

Dieser Sprache im Geiste der Militärkabinette der Vorkriegszeit setzte Sze-China nochmals die des Völkerbundes entgegen. Seine Rede wurde unter tiefster Schweigen dramatisch, als er mitteilte, dass während der Vormittagssitzung des Rates wieder zwei chinesische Städte über 100 Kilometer westlich von Mukden von japanischen Kriegsflugzeugen bombardiert und mit Maschinengewehren beschossen worden seien. Direkte Verhandlungen könnten nicht stattfinden, solange japanische Truppen im Lande seien, da sonst von China alles erzwungen würde. Yoshizawa habe auch in seinem geschichtlichen Rückblick nicht die in direkten Verhandlungen 1915 von China erpressten 21 Bedingungen erwähnt.

Der englische Ausseeminister Lord Reading wünschte, dass Yoshizawa sich Nachrichten über die neuen Bombardements verschaffe und dem Rat bald entsprechen. Mitteilung mache. Dann stellte Briand eine Art zuversichtliche Synthese her. Beide Parteien hätten keine Hintergedanken. Japan wolle räumen nach erlangter Sicherheit und China wolle keine Vergeltung. So werde hoffentlich dieser schon schwere Konflikt nicht zur Katastrophe führen. Der Rat stehe vor seiner höchsten Verpflichtung und er werde sie erfüllen, sobald er genügend klar sehen könne. Voraussetzung für jede tragbare Regelung sei das gleiche Vertrauen beider Parteien in den Völkerbund. Deshalb müsse der Rat die Versicherung haben, dass bis zur Lösung die Lage nicht verschärft werde durch neue Ereignisse. Die nicht wieder gutzumachenden Dinge würden nicht Halt machen bei China und Japan, sondern die ganze Welt ergreifen, und in welchem Augenblick! In welchem Abschnitt der Geschichte sei es möglich gewesen, dass zwei Mächte in gespannten Beziehungen an einem Tisch die Meinungen ihrer Regierungen darlegen konnten. Der Rat werde sich seiner Verantwortung nicht entziehen.

Briand vertagte darauf die Sitzung. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, wenn die geheimen Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben.

SPD. Die Meldungen, dass der Rücktritt des preussischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff auch auf politische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der preussischen Regierung zurückzuführen sei, entbehren jeder Grundlage.

Als Nachfolger Höpker-Aschoffa ist der Präsident der Preussenkasse Kiepper in Aussicht genommen.

SPD. Der Gesamtvorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden hat in einer Protestentschliessung gegen die Verschärfung der Finanznot der Gemeinden durch die neue Notverordnung sich für eine vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung unter entsprechender Einschränkung der Tätigkeit der Arbeitsämter ausgesprochen. Die Entschliessung ist gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder angenommen worden. Wortführer des Verbandes der preussischen Landgemeinden ist der Landvolkabgeordnete Gerecke.

Die Frivolität dieser Entschliessung ist erstaunlich.

SPD. Waldenburg, 13. Oktober (Eig. Dr.)

Die Lohnverhandlungen im mittelschlesischen Bergbau sind gescheitert. Die Parteiverhandlungen, die am Dienstag stattfanden, mussten ergebnislos verlaufen, da die Unternehmer nicht weniger als 13 Prozent Lohnabbau forderten. Sie verlangten sogar 1 Prozent mehr als die Unternehmer der übrigen Bergreviere, weil ihnen im Januar nur fünf Prozent Lohnabbau bewilligt worden seien. Die Vertreter der Bergarbeiter gaben die Erklärung ab, dass die Forderung der Unternehmer für die Organisationen keine Verhandlungsbasis bilde. Nunmehr dürfte der Schlichter angerufen werden.

Das mittelschlesische Revier zahlt nachweislich von allen Grubenbezirken die erbärmlichsten Löhne.

SPD. Der Reichspräsident hat unter dem 13. Oktober d. J. folgenden Brief an den Reichskanzler gerichtet :

"Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die Wirtschaftskrise, die sich in der ganzen Welt fortschreitend verschärft, weist der Reichsregierung die schwere Aufgabe zu, ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen. In tatkräftiger Fortführung bereits getroffener Massnahmen müssen grundlegende Entschlüsse gefasst werden, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Es erscheint mir geboten, zur abschliessenden Begutachtung dieser für unser Volk lebenswichtigen Fragen einen kleinen Kreis führender Sachverständiger aus den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens, auch Vertreter der Arbeitnehmer, als Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung einzusetzen, der mit ihr zusammen das gesamte Gebiet der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme berät, mit dem Ziele, zu einheitlichen Vorschlägen zu gelangen. Ich hoffe und vertraue, dass in einer engen Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und diesem Wirtschaftsbeirat Wege gefunden werden, die das deutsche Volk in einmütigem Zusammenstehen und Zusammenwirken aus der schweren Wirtschaftskrise herausführen werden. Ich bin bereit, in den gemeinsamen Sitzungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsvertreter persönlich den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen.

Ihren baldigen Vorschlägen für die Zusammensetzung dieses Wirtschaftsbeirats, den ich alsdann zusammenberufen werde, sehe ich entgegen."

Der Reichskanzler hat am gleichen Tage dem Herrn Reichspräsidenten mit folgendem Schreiben geantwortet :

"Hochgeehrter Herr Reichspräsident!

Auch nach meiner Ueberzeugung lässt es die gesamte Wirtschaftslage geboten erscheinen, dass die Reichsregierung nunmehr die grossen und entscheidenden Gesamtprobleme des Wirtschaftslebens mit führenden Sachverständigen des wirtschaftlichen Lebens, darunter auch Vertretern der Arbeitnehmer, berät, und einer baldigen Lösung zuführt. Darum werde ich, Ihrem heutigen Schreiben

entsprechend, mit aller Beschleunigung Vorschläge geeigneter Persönlichkeiten unterbreiten, mit der Bitte, sie alsbald in den Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung berufen zu wollen. Dabei gehe auch ich davon aus, dass der Kreis der Mitglieder des Wirtschaftsbeirats so eng wie möglich gestaltet wird, damit die Verhandlungen ausreichend vertieft und beschleunigt werden können. Vielleicht wird es nützlich sein, für Einzelfragen besonders geeignete Sachverständige zu den Beratungen zuzuziehen.

Mit besonderem Danke begrüße ich Ihre Entschliessung, dass Sie das grosse Vertrauen, das Ihre Persönlichkeit in allen Schichten des deutschen Volkes geniesst, einsetzen wollen für eine rasche und ergebnisreiche Durchführung der Beratungen und dass Sie deswegen bereit sind, in ihnen den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen werden."

SPD. Genf, 13. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die geheimen Verhandlungen der im Völkerbundsrat vertretenen fünf Grossmächte zur Beilegung des Konflikts in der Mandschurei gestalten sich äusserst schwierig. Die japanische Regierung versucht dem Militär zu steuern, doch fürchte sie eine Militärrevolution unter Beteiligung weitester Volkskreise, wenn sie in der mandschurischen Frage irgendwie nachgibt. Sie ist eher bereit, China anderswo und mit anderen Zugeständnissen eine gewisse Kompensation zu bieten. China dagegen versteift sich auf die gleichen Widerstände, da es die Mandschurei für verloren ansieht, wenn es ihm nicht gelingt, mit Hilfe des Völkerbundes die Japaner zurückzudrängen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wie hören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Eine zeitgemässe Erinnerung.

SPD. Am 5. Oktober 1923, nach dem Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr, erschienen die Herren Stinnes, Vögler, Velsen und Klöckner bei dem Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen, General Degoutte. Ueber diese Unterredung existiert ein von der Schwerindustrie selbst verfertigtes Protokoll das am 20. November 1923 von Otto Wels im Reichstag verlesen wurde. Nach diesem Protokoll führte der Sprecher der Scharfmacher vor Degoutte aus:

"Die Industrie sei der Ueberzeugung, dass es ein schwerer Fehler gewesen sei, den sozialistischen Einflüssen nachzugeben und nach einem verlorenen Kriege auch noch eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen. Der rheinisch-westfälische Bergbau habe sich daher entschlossen, am kommenden Montag die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, das heisst, achteinhalf Stunden einschliesslich Ein- und Ausfahrt für Untertagsarbeiter und zehn Stunden für Ubertagsarbeiter. Die Industrie sei aber nicht in der Lage, ihre Absichten durchzuführen ohne die Unterstützung der Okkupationsmächte."

Und das, - wurde hinzugefügt - sei einer der Gründe für den Besuch. Auf diese unglaubliche Aufforderung hin hatte der Herr General Degoutte es leicht, sich in die Pose des neutralen Mannes zu werfen und zu erklären:

"Die Okkupationsmächte hatten am 11. Januar proklamiert, dass sie die deutschen Gesetze achten würden. Der Achtstundentag sei deutsches Gesetz, seine Führung sei ausserdem auf den Friedensvertrag zurückzuführen und er sei nicht in der Lage, in die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen."

Nach dieser Feststellung der vernichtenden Abfuhr der Scharfmacher durch den französischen General fährt das Protokoll fort:

"Herr Geheimrat Klöckner erklärte sogleich, dass Herr General Degoutte ihn zu früh unterbrochen habe, und er sowohl wie auch Herr Stinnes haben im Laufe der Unterhaltung wiederholt scharf betont, dass die Industrie auch ihrerseits eine Einmischung der Okkupationsmächte in die Frage der Arbeitszeit nicht wünsche. Es sei das eine Frage, die die Industrie mit den Arbeitern einerseits und mit der Regierung andererseits selbst regeln werde. Die Bitte um Unterstützung beziehe sich nur auf solche Punkte, wo die Einwirkung der Okkupationsmächte selbst die Ausführung der Absichten der Industrie verhindere."

Am Tage nach dieser Unterredung proklamierten die Scharfmacher die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit. Der Versuch, mit Hilfe der französischen Bajonette die deutschen Arbeiter zu versklaven, steht historisch fest.

Das sind dieselben Leute, die heute in der Front von Harzburg die Richtung gegen die Arbeiterschaft angeben! Darum nennt sich diese Front auch "nationale Opposition!"

Nationalismus mit französischen Bajonetten.

Die Liste der prominenten Teilnehmer an der Harzburger Faschistentagung verzeichnet unter den Scharfmachern den Namen Kommerzienrat Reinecker. Dieser Mann sprach am 30. Juni 1919 auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinen-Fabriken:

"So sind wir denn in den Zustand der Verzweiflung geraten, dass wir unsere Hoffnung auf die Einmischung unserer Feinde in unser inneres Getriebe setzen müssen. Von ihnen hoffen wir, dass sie der Schandwirtschaft im Reiche ein Ende bereiten, nicht aus Liebe zu uns, sondern aus ihrem eigensten In-

teresse. Sie werden dahin wirken müssen, dass die Vergeudung von Geldern ein Ende erreicht, damit ihnen die Ersparnisse zugute kommen. Sie werden der Vergeudung von Arbeitskraft, die sich in Streiks und ähnlichen Dingen äussert, entgegentreten müssen, damit wieder Werke geschaffen werden. Wenn das alles zunächst in ihrem Interesse erfolgt, so können wir uns trotzdem damit abfinden, weil dann allmählich wieder Zucht und Ordnung zurückkehren werden."

Ihr Nationalismus besteht darin, dass sie mit Hilfe fremder Bajonette die deutschen Arbeiter niederhalten, sie ihrer sozialen Rechte berauben wollen. Scharfmacher und Nationalsozialisten im Bunde gegen die deutsche Arbeiterschaft. Das ist die Front von Harzburg.

Und Schacht?

Anfang September liefen in Bremen Gerüchte über die Sparkassen um, die schliesslich zu einem Run führten. Am 7. September wurden vier Personen, die diese Gerüchte weitergeklatscht hatten, vor Gericht gestellt. Es waren ein Kaufmann, ein Friseur, ein Angestellter und eine Lehrerin. Sie hatten geklatscht der Kaufmann und der Friseur im Laden mit den Kunden, die anderen bei anderen Gelegenheiten. Diese vier Personen, die nichts anderes getan hatten, als Stadt klatsch von Mund zu Mund weiterzutragen, wurden ausserordentlich schwer verurteilt. Der Kaufmann und der Friseur erhielten je sechs Wochen Gefängnis, der Angestellte einen Monat Gefängnis, die Lehrerin 200 Mark Geldstrafe. Die Urteilsbegründung wandte sich mit ausserordentlicher Schärfe gegen die Angeklagten. Die Bewährungsfrist wurde ihnen versagt. Sie hätten die Gerüchte zwar nicht aufgebracht, so lautete die Urteilsbegründung, wohl aber weiterverbreitet, und sie müssten für die vielen anderen mit büssen.

Herr Schacht hat nicht leichtfertig Gerüchte verbreitet. Er hat nicht geklatscht. Er hat in vollster Absicht, in vollem Bewusstsein eine wohlgezielte Rede gegen den Kredit der deutschen Reichsbank und gegen die Stabilität der deutschen Währung gehalten. Man hat bisher noch nichts davon gehört, dass gegen ihn strafrechtlich vorgegangen werde. Darf Herr Schacht ungestraft viel Schlimmeres tun als das, wofür drei kleine Leute aus Bremen auf Wochen ins Gefängnis wandern sollen ohne Bewährungsfrist? Gehört Herr Schacht zu jenen, für die diese wahllos herausgegriffenen drei mitbüssen müssen? Soll alles, was aus dem Lager der sogenannten "nationalen" Front an Verstössen gegen das Strafgesetz geleistet wird, nicht als strafbare Handlung, sondern als "Politik" gelten?

Nationalsozialistische Juden.

In Baden baut man Grünkern. Der Aufkauf liegt in den Händen einiger jüdischer Händler, die damit ein bequemes Geschäft haben. Die nationalsozialistische Presse schimpft auf die jüdischen Händler, sie wirft ihnen 200 Prozent Rebbach vor. Dafür macht sie Reklame für eine nationalsozialistische Firma in Karlsruhe. Der Preis pro $\frac{1}{2}$ Pfund-Paket Grünkern beträgt bei dieser Firma 45 Pfennige. Die nationalsozialistischen Ortsgruppenführer werden angewiesen, Sammelisten für den Grünkernerkauf bei dieser Firma in Umlauf zu bringen.

Der Grünkern kostet im Ankauf pro Zentner 25 bis 30 RM, also pro Pfund 25 bis 30 Pfennig. Die nationalsozialistische Firma verkauft ihn für 90 Pfennige pro Pfund. Aber das ist natürlich kein Rebbach.

Der Sklarek-Prozess

Der Sklarek-Prozess.

3000 Seiten Anklageschrift!

SPD. Am Dienstag vormittag begann vor der Strafkammer in Berlin-Moabit unter Leitung von Amtsgerichtsrat Kessner der auf mehrere Monate berechnete Sklarek-Prozess. Als Hauptangeklagte nennt die 5 Bände zu je 600 Seiten umfassende Anklageschrift die Brüder Max, Leo und Willi Sklarek, durch die die Stadt Berlin um etwa 10 Millionen Mark geschädigt worden sein soll. Ausserdem sind die Buchhalter Lehmann und Tuch, die früheren Stadträte Gaebel und Degner, die früheren Bürgermeister Schneider und Kohl, die Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmidt sowie der Diplomkaufmann Luding und Stadtmratsrat Sokolowski angeklagt. Das ursprünglich beantragte Verfahren gegen Stadtrat Benecke ist eingestellt worden. Das Verfahren gegen den schwerkranken Max Sklarek ist abgetrennt worden. Man muss damit rechnen, dass Max Sklarek, der nur teilweise bei Geisteskräften und nicht verhandlungsfähig ist, das Ende des Prozesses nicht mehr erleben wird.

Die Anklageschrift.

Die von drei Staatsanwälten vertretene Anklage wirft den drei Brüdern Sklarek fortgesetzten gemeinschaftlichen Betrug an der Berliner Stadtbank in Verbindung mit Fälschung öffentlicher und privater Urkunden vor, ferner fortgesetzten Betrug an der Dresdner Bank, an der Ostbank, an der Berliner Anschaffungsgesellschaft, an der Stadt Berlin und an zahlreichen Lieferanten. Ausserdem lautet die Anklage gegen die Brüder Sklarek auf Konkursvergehen durch Verheimlichung und Beiseiteschaffung von Vermögensstücken, Vernichtung von Handelsbüchern und Verschwendung unmässiger Summen, auf aktive Bestechung der Angeklagten Schmidt, Hoffmann, Sokolowski, Kohl, Schneider, Gaebel und Degner, die sich gleichfalls entsprechend zu verantworten haben.

Es wird in der Anklageschrift berichtet, wie die Brüder Sklarek es durch Kriegslieferungen in Textilien zu einem gewissen Vermögen brachten; wie sie Geschäftsbeziehungen zur Städtischen Kleidervertriebsgesellschaft und Berliner Anschaffungsgesellschaft aufnahmen; wie - durch Nachhilfe mit Bestechungen - die städtischen Bestellungen weit über das Mass des Notwendigen hinausgegangen seien. Die Kleiderbertriebsgesellschaft hätte sich finanziell übernommen; zusammen mit der Berliner Anschaffungsgesellschaft sei sie dann in den Besitz der Gebrüder Sklarek gelangt. Es ist ferner in der Anklageschrift die Rede von hohen Krediten der Berliner Stadtbank, deren Direktoren Hoffmann und Schmidt bei der Kreditgewährung nicht die notwendige Sorgfalt hätten walten lassen. Anstelle von kaufmännischen Wechseln hätten die Brüder Sklarek der Stadtbank Gefälligkeitswechsel ohne realen Hintergrund vorgelegt, die zum grössten Teil aus ihrer Verwandtschaft stammten. Auch sei die Stadtbank durch gefälschte Aufträge, die ihr vorgezeigt wurden, getäuscht worden; auf diesen Aufträgen sollen nicht weniger als 218 Unterschriften von Magistratsbeamten gefälscht worden sein.

Vertagungsantrag.

Bevor in die Verhandlung eingetreten wird, stellt R.=A. Dr. Pindar, einer der 16 Verteidiger, den Antrag auf Vertagung der Hauptverhandlung auf eine Woche. Analog den Lübecker Vorgängen gelegentlich der Eröffnung der Calmette-Verhandlung bezweifelt Dr. Pindar die Rechtmässigkeit des durch die Notverordnung vom 6. Oktober in seiner Zusammensetzung bestimmten Gerichts, das möglicherweise als Ausnahmegericht gelten könne. Es sei denkbar, dass der Reichstag die

Notverordnung wieder aufhebe und damit auch die zur angeblichen Justizvereinfachung geschaffene Lex Sklarek. Die Rechtsanwälte Bahn und Puppe widersprechen dem Antrag und behaupten die verfassungsmässige Rechtsgültigkeit der Lex Sklarek. Ebenso nimmt die Staatsanwaltschaft den Standpunkt ein, dass es sich bei der Sklarek=Strafkammer, gleichgültig was der Reichstag jetzt beschliessen werde, um kein Ausnahmegericht handle. Nach kurzer Beratung lehnt dann das Gericht den Antrag Dr. Pindars auf Aussetzung der Verhandlung ab.

Der Brüder Werdegang.

Leo Sklarek, der als erster vernommen wird, behauptet, dass die Dinge, die ihm zur Last gelegt werden, sich nicht so abgespielt hätten wie es in der Anklageschrift dargelegt werde. Selbst die biographischen Angaben über seine Eltern würden nur zum Teil stimmen. Sein Vater sei lange vor dem Krieg aus Russland nach Deutschland eingewandert; ursprünglich wäre er Schneider gewesen; später habe er einen grösseren Konfektionsbetrieb geleitet. Leo Sklarek und seine Brüder seien mit 14 Jahren in verschiedenen Konfektionsgeschäften in die Lehre gekommen. Er, Leo Sklarek, habe ebenso wenig wie Willi kaufmännische Buchführung gelernt; er sei stets nur ein guter Verkäufer gewesen. Als die Brüder sich später vereinigten, habe Max die Bücher geführt und überhaupt gewissermassen die kaufmännische Oberleitung gehabt. Leo und Willi Sklarek berichten weiter, dass sie sich mit ihrem Bruder Max nicht gut gestanden hätten; besonders seien sie durch sein grössenwahnsinniges Wesen und durch seinen gesellschaftlichen Ehrgeiz geärgert worden. Leo Sklarek meint noch, er habe vor allem Rennsport=Interessen gehabt und wäre später ja tatsächlich auch der Besitzer eines ausgezeichneten Gestüts geworden.

Soweit Geschäfte mit der Stadt gemacht worden seien, berichtet Leo Sklarek weiter, hätten sich die Brüder stets bemüht, gute Ware zu liefern. So grotesk es klinge, die Stadt Berlin würde jetzt teurer und schlechter beliefert als zur Zeit der Sklarek=Monopolverträge. Vorsitzender: "Ich habe seinerzeit auch einen Anzug durch die Kleiderverwertungsstelle bezogen." Leo Sklarek: "War die Ware gut, Herr Vorsitzender?" (Heiterkeit). Vors.: "Darüber möchte ich Ihnen höchstens nachher in der Pause Auskunft geben."

Der erste Krach.

Zum ersten Zusammenstoss kommt es bei der Vernehmung des Stadtbankdirektor Hoffmann, der heute seine intimen Beziehungen zu den Brüdern Sklarek abstreitet; es habe sich da nur um eine "Geschäftsfreundschaft" gehandelt. Hoffmann muss aber zu geben, dass er seine geschäftlichen Beziehungen auch in Nachtlokalen und durch seine Frau pflegen liess; ausserdem nahm er Geschenke an. Hoffmann spricht aufgeregt von seiner deutschen Offiziersehre und von der Kluft die ihn von Leuten, wie es die Sklareks seien, trenne. Leo und Willi Sklarek sind empört darüber, dass Herr Hoffmann erst jetzt die Kluft entdeckt, nachdem er von dieser "Geschäftsfreundschaft" keinerlei Vorteile mehr habe. Sie deuten an, dass sie noch "auspacken" werden. Der Vorsitzende hat Mühe, die Verhandlung wieder in ein ruhiges Fahrwasser zu bringen; um 3 Uhr vertagt er sie dann auf Donnerstag.

+ + +

Altstaedt über Calmette.

Der zweite Tag im Lübecker Kindertod-Prozess.

SPD. Lübeck, 13. Okt. (Eig. Drahtb.)

Am zweiten Sitzungstag des Lübecker Impfprozesses wurde die Vernehmung des Angeklagten Dr. Altstaedt fortgesetzt.

Zunächst wurde Dr. Altstaedt zu der 1927 erfolgten Veröffentlichung des Reichsgesundheitsrates gehört, in der dieser das Calmette'sche Tuberkulose=schutzverfahren als unzureichend sichergestellt ansah; es sollte noch das Ergebnis der Arbeiten eines eingesetzten Untersuchungsausschusses abgewartet werden. Die von diesem Untersuchungsausschuss angestellten Tierversuche hätten

die völlige Unschädlichkeit des Calmette-Präparates ergeben. Auf die Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten, ob er auch von der das Calmette-Verfahren ablehnenden Literatur Kenntnis genommen habe, gab Altstaedt an, dass er diese Literatur gekannt habe, sie aber noch aus den Jahren 1927 und 1928 stamme, also aus einer Zeit, in der die Erforschung der Immunisierungsmöglichkeiten gegen Tuberkulose noch nicht so weit gediehen gewesen sei als heute. Die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck habe er im Hinblick auf eine Reihe positiver Forschungsergebnisse angelegt: so sei die im Jahre 1928 von der Hygiene-Sektion des Völkerbundes eingesetzte Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass der Bazillus Calmette-Guérin ein unschädlicher Impfstoff sei. In Frankreich habe Minister Loucheur 1929 die Präfekten angewiesen, dass Calmette-Verfahren so weit wie möglich zu verbreiten. Uebrigens habe der Reichsgesundheitsrat seit 1927 keine Stellung mehr zur Tuberkulose-Schutzimpfung nach Calmette genommen. Der Angeklagte schilderte dann, dass die Verbindung mit Calmette durch Geheimrat Elefeld, den Vorsitzenden der Hanseatischen Landesversicherung, hergestellt worden sei und dass Calmette die neueste französische Literatur und eine Original-Calmette-Kultur nach Lübeck geschickt habe.

Vom Vorsitzenden aufgefordert, sich darüber zu äussern, was er dem Senator Mehrlein, dem Dezernenten des Lübecker Gesundheitsamtes, über das Calmette-Verfahren gesagt habe, führt Dr. Altstaedt aus, dass Senator Mehrlein wissen wollte, ob auch Tierversuche gemacht worden seien. Er habe darauf geantwortet, dass zahllose Tierversuche vorgenommen worden wären. Er habe den Senator auch darauf hingewiesen, dass das Calmette-Verfahren von verschiedenen Seiten angegriffen würde, dass die überwiegende Mehrheit der Forscher jedoch auf dem Standpunkt stände, der Bazillus Calmette-Guérin sei ungefährlich und daher unschädlich. Darauf habe Senator Mehrlein der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck zugestimmt unter der Voraussetzung, dass die Lübecker Aerzteschaft gehört und die Bevölkerung über das Calmette-Verfahren aufgeklärt werden sollte. Nachdem sich der Lübecker Gesundheitsrat in der Sitzung vom 18. November 1929 ebenfalls für die Einführung des Calmette-Verfahrens ausgesprochen hätte, habe man am 24. Februar 1930 mit der Verabreichung des Calmette-Mittels in Lübeck begonnen. - Fortsetzung der Verhandlung am Mittwoch.

+ + +

Matuschkas Geständnis. Am Dienstag wurde das Geständnis des verhafteten Eisenbahntentäters Matuschka vom Wiener Polizeipräsidium überprüft. Es heisst, dass das Geständnis im wesentlichen auf Wahrheit beruhen soll. Trotzdem ist bisher noch keineswegs klar, aus welchen Motiven Matuschka an dem Eisenbahntentat von Bia Torbogy und möglicherweise auch an dem von Jüterbog mitgewirkt haben sollte. Man vermutet, dass Matuschka von seinen Komplizen, nach denen noch geforscht wird, für die Beschaffung des Sprengstoffes eine hohe Summe zugesagt wurde und er dieses Geld auch erhalten hat. Matuschka soll kurz vor dem Attentat in Ungarn die Summe von 10 000 Pengö ausgegeben haben.

Matuschka hat angeblich auch gestanden in Jüterbog unmittelbar nach der Katastrophe am Tatort gewesen zu sein: seine Komplizen hätten ihn und sich von den Wirkungen des Anschlags - zu dem er möglicherweise das Ekrasit lieferte - überzeugen wollen. Er habe jedoch die Höllenmaschine in Jüterbog weder gelegt noch zur Entzündung gebracht. Sein Jüterboger Komplize heisse Bergmann. Den Vornamen dieses Mannes und seine Adresse kenne er nicht. Nach weiteren Komplizen befragt, soll Matuschka noch eine Reihe anderer Personen, die angeblich in Wien, Budapest bzw. Berlin wohnen, genannt haben. Die Namen wurden nach Berlin und Budapest gefunkt; entsprechende polizeiliche Nachforschungen sind im Gange.

Matuschka ist im Jahre 1892 geboren, erhielt eine Ausbildung als Lehrer, wurde jedoch später Kaufmann. Er soll begabt, vielseitig und in seinen Mitteln recht skrupellos gewesen sein; durch glückliche Valutaspekulationen soll er in

Budapest Grundbesitz erworben haben. Auch in Wien kaufte Matuschka drei Häuser. Später soll er sein Geld in unglücklichen Spekulationen verloren haben.

Die Cholera im Irak. Die Cholera im Irak, der bis jetzt 1000 Menschen erlagen, breitet sich mehr und mehr aus und fordert täglich neue Opfer. Die Seuche griff auch auf Sumpfgelände über, in denen die Bekämpfung aus verkehrstechnischen Gründen besonders schwierig ist. Da die Cholera nun auch schon in die Nähe der "Heiligen Städte" Kerbela und Medschef rückte, untersagte die Regierung jede Wallfahrt nach diesen Orten. Die Nachbarstädte des Irak (Palästina, Transjordanien, Persien und Syrien) haben eine strenge Quarantäne angeordnet.

Beulenpest: 4000 Tote. In der chinesischen Provinz Honan wütet die Beulenpest. Bis jetzt werden 4 000 Tote gemeldet.

Holzspiritus: 5 Tote. In Stockholm verstarben 5 Personen nach dem Genuss von eingeschmuggeltem französischem Holzspiritus; 2 Personen erblindeten. Ein der Einschmugglung verdächtige Matrose wurde verhaftet.

Flugzeugzusammenstoß. Ueber dem südfranzösischen Marineflugplatz von Cuers stießen zwei Marineflugzeuge in 300 Meter Höhe zusammen und stürzten ab. Vier Mann der Besatzung verunglückten tödlich, einer der Piloten wurde schwer verletzt; einer konnte sich durch Fallschirmabsprung retten.

Pest in Syrien. In Syrien sind eine Reihe von Pestfällen aufgetreten. Die Zahl der Todesopfer ist noch unbekannt.

Er lässt sich anbeten! Der Scheik von Barszan hat seinen Untertanen eine neue Religion verkündet, in der er selbst Gott und sein Bruder ein Prophet ist. Die neue Religion gibt vor allem den Frauen das Recht, jeden Mann zu lieben, der ihnen gefällt. Sieben Widerspenstige, vier Frauen und drei Mönche, die die neue Religion nicht anerkennen wollten, wurden getötet.

Ein Haus wird verrückt. Das achtstöckige Fernsprechamt in Indianapolis im Staate Indiana (USA) sollte 16 Meter weit von seinem Standort gerückt werden. Der Transport wurde vorgenommen, indem man das 11 000 Tonnen wiegende Haus auf Stahlwalzen rollte, die auf Stahlplatten ruhten. Während der Arbeiten blieb der Fernsprechdienst voll aufrecht erhalten.

Das "wundertätige" Heiligenbild. In einem Dorfe des Kreises Kalisch in Polen kam ein junger Bauer auf den Einfall, das Muttergottesbild an der Scheune seines Vaters wundertätig zu machen. Allabendlich, wenn die Nachbarn an dem Bild ihre Gebete verrichteten, begann die Mutter Gottes magisch aufzuleuchten. Der Vorfall sprach sich schnell herum und die Gläubigen kamen von Nah und Fern, das Wunder anzustauen. Als aber der Bauer begann, Eintrittsgeld zu nehmen, griff die Kirche in diese unliebsame Konkurrenz ein, und der Pfarrer entdeckte, dass hinter dem Bild eine von einem Akkumulator gespeiste elektrische Lampe eingeschaltet war. Das Wunder ist seitdem für immer "erloschen".

Bauerntragödie. Beim Anblick seiner durch langanhaltenden Regen völlig vernichteten Ernte ist in Neustadt in Polen ein Gutsbesitzer namens Putzig plötzlich wahnsinnig geworden,

Gewerkschaftliche Rundschau *

Bauarbeiter und Reichsarbeitsminister.

SPD. Der Reichstarifvertrag für baugewerbliche Arbeiten ist vom Reichsarbeitsminister - scheinbar im Gegensatz zu seiner Haltung gegenüber den Lohn-
tarifen - für allgemein verbindlich erklärt worden. Die Verbindlicherklärung
erfolgte jedoch mit bisher nicht gekannten Einschränkungen, und genau beträch-
tet, kommen diese Einschränkungen fast Tarifeinbrüchen gleich.

Das Ministerium unterscheidet nicht nur zwischen privatwirtschaftlichen
und öffentlichen Betrieben sondern auch zwischen Bauunternehmerbetrieben und
privatwirtschaftlichen Betrieben, die nicht Baubetriebe sind, aber in ihrem
Betriebsbereich Bauarbeiten ausführen lassen. Auf die Arbeitsverhältnisse sol-
cher Bauarbeiter, die in diesen beiden Betriebsgruppen regelmässig mit In-
standsetzungs- oder Erneuerungsarbeiten beschäftigt werden, sowie auf die un-
ständigen Arbeiter des Reichs, der Länder, der Gemeinden und sonstigen öffent-
licher Körperschaften, einschliesslich der Reichsbahn, findet der Reichstarif-
vertrag für baugewerbliche Arbeiter keine Anwendung. Das gleiche gilt gegen-
über unständigen Arbeitern, soweit sie vorübergehend als Ersatz für ständig
beschäftigte Arbeiter eingestellt oder soweit sie zu Arbeiten verwendet werden,
die zu den auf Gesetz, behördlicher Anordnung oder Herkommen beruhenden Auf-
gaben öffentlicher Arbeitgeber zählen und nach Art und Umfang in eigener Ver-
waltung ausgeführt zu werden pflegen.

Die Einschränkungen erstrecken sich aber nicht nur auf die obligatorischen
Bestimmungen des Tarifvertrags, sondern auch auf normative, zum Beispiel auf
die Bestimmungen über Zuschläge und Ferien. Sie sollen in Verbindung mit der
Verweigerung der Allgemeinverbindlicherklärung der Bauarbeiterlöhne Gewähr da-
für geben, dass nicht etwa ein im Tiefbau beschäftigter Fürsorgearbeiter oder
ein bei den Vereinigten Stahlwerken tätiger Bauarbeiter in den Genuss des
"hohen" Bauarbeiterlohnes kommt. Dabei würde ein in Fürsorgearbeitsverhältnis
stehender Bauarbeiter nach den nicht allgemeinverbindlichen Bauarbeitertarifen
- die im Höchstmass 103 Pfg. und im Niedrigstmass 52 Pfennig Stundenlohn vor-
sehen - einen um 10 Prozent niedrigeren Lohn bekommen, wenn er - was wohl auf
alle derartigen Arbeitsverhältnisse zutrifft - in den letzten drei Jahren
noch nicht vier Monate ununterbrochen im Baugewerbe beschäftigt war.

Die Einschränkungen wurden ausgesprochen, ohne dass mit den Arbeitervere-
bänden verhandelt wurde. =

Die Bautätigkeit ist durch die Notverordnung bedenklich eingeschränkt wor-
den. Bei den Bauarbeitern macht das böses Blut,

Der "Grundstein" fragt: "Wieviel Millionen neue Unterstützungsgelder
wird diese Aktion kosten?" So erfreulich es auch sei, dass die Regierung sich
unter dem Druck finanzpolitischer Notwendigkeiten den demagogischen Lamenta-
tionen der Hausbesitzer entzogen habe, so sehr müsse doch das Gesetzeswerk
über die Hauszinssteuer die Bauarbeiterschaft erbittern. Die Bestimmungen über
die Umschuldung und über die Steuersenkung beraubten den Wohnungsbauteil um
viele Millionen, sodass im nächsten Jahr bestenfalls 300 Millionen zur Verfü-
gung stehen würden. Dabei seien noch nicht einmal die beträchtlichen Bauausfälle
berücksichtigt, die im kommenden Jahr bestimmt nicht wieder eingeholt würden.
Dem Wohnungsbauteil allein wolle man Mittel für die Finanzierung der Sied-

lungsprojekte entnehmen. Die einschneidendste Bestimmung sei, dass die Sicherungsfälliger Zuweisungen an den Wohnungsbau, die in der Realsteuersenkung vom 1. Dezember 1930 ausdrücklich ausgesprochen wurde, ausser Kraft gesetzt werde. Die Länder seien nunmehr ermächtigt, dem Wohnungsbauanteil, der sich für das kommende Jahr noch ergebe, Gelder in unbeschränkter Höhe für Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs zu entnehmen. Eine einzige Ausnahme bestehe darin, dass Mittel für Bauten ausgezahlt werden müssen, wenn sie rechtsverbindlich zugesagt worden seien. Da die Notverordnung für sämtliche Länder jedoch erhebliche Einnahmeausfälle mit sich bringe, und manche Landesregierungen vorsorgend den Kommunalverwaltungen schon vor Monaten verboten hätten, Zusagen auf Hauszinssteuerhypotheken zu machen, bedeute die neue Ermächtigung, dass nach Fertigstellung der noch in Gang befindlichen Bauten wohl nur noch ganz wenige Bauten begonnen werden.

Die Drosselung der Bautätigkeit durch die Notverordnung geht entschieden zu weit. Man darf vom Reichsarbeitsministerium erwarten, dass es wenigstens in diesem Punkt den Bauarbeitern entgegenkommt.

SPD. Der Vorschlag der Gewerkschaften, durch Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge eine besser und billigere Betreuung der Arbeitslosen zu schaffen, ist von der Reichsregierung, wie man nunmehr feststellen muss, endgültig beiseite geschoben worden. Man muss das bedauern, wenn auch der aussenpolitische Grund, den die Regierung für die Ablehnung des Gewerkschaftsvorschlags neuerdings ins Treffen führte, vielleicht nicht ganz unberechtigt erscheint. Es ist möglich, dass das Ausland die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge als eine neue Belastung des Reiches aufgefasst hätte. Wie dem aber auch sein mag: die Ablehnung des Gewerkschaftsvorschlags bleibt unerfreulich. Der Haupteffekt der Ablehnung ist eine neue Belastung der Gemeinden.

Die Verkürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung bedeutet eine weitere Vermehrung der Unterstützungskosten der Gemeinden; denn sie sind ja zur Krisenunterstützung mit einem Fünftel - das Reich zahlt vier Fünftel - herangezogen. Dazu kommt, dass ein grosser Teil der Arbeiter heute gar nicht mehr die Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung erfüllen kann und infolgedessen gleich zur Wohlfahrt abwandert. Früher betreute die Krisenfürsorge zwei Gruppen: die aus der Versicherung Ausgesteuerten und dann die Arbeitslosen, die nur 13 Wochen Anwartschaft erfüllen konnten. Seit dem Herbst des vergangenen Jahres kommen nur noch die ausgesteuerten der Versicherung in die Krisenfürsorge.

Bedauerlich ist auch der in der Krisenfürsorge Stück für Stück vorgenommene Unterstützungsabbau. Er beträgt insgesamt für die Zeit seit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung rund 25 Prozent. Kein Wunder, wenn die Krisensätze vielfach unter die Unterstützung der Wohlfahrt heruntergesunken sind. In der Krisenfürsorge ist eine Herabstufung der Unterstützungsgruppen, dann eine Senkung der Sätze und neuerdings noch eine indirekte Senkung infolge des Lohnabbaus eingetreten. Die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge dagegen hat ihre Unterstützungssätze von vornherein nicht vom Lohn, sondern vom Existenzminimum und der Finanzlage der Gemeinden abhängig gemacht.

Schlimm ist schliesslich auch die noch immer bestehende grosse Unvollständigkeit des Unterstützungskreises der Krisenfürsorge; in Orten unter 10 000 Einwohner liegt die Einbeziehung in der Hand der Präsidenten der Landesarbeitsämter. Damit ist bis zu einem gewissen Grad der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kann bei ihren Anträgen an diesen Misständen nicht vorübergehen.

SPD. In dem Arbeitszeitstreit zwischen der Gruppe Nordwest und Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde am Dienstag mit den Stimmen der Arbeitgeber ein Schiedsspruch gefällt, der dieselbe Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit vorsieht, wie sie von den übrigen Gewerkschaften mit den Arbeitgebern bereits vereinbart wurde. Der Schiedsspruch läuft vom 1. Oktober bis zum 30. November und ist am 1. November kündbar.

Die Verhandlungen in dem Gehaltsstreit der technischen Angestellten des Ruhrbergbaus, die am Dienstag in Essen begannen, wurden auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt. Nach den Verhandlungen der Techniker beginnen die für die kaufmännischen Angestellten.

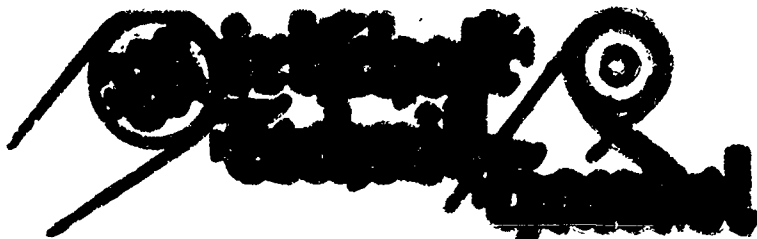
SPD. Die Konditorenbewegung kann in diesen Tagen auf 40 Jahre gewerkschaftliche Organisation zurückblicken. Am 1. Oktober 1891 erfolgte in Hamburg die Gründung des Zentralverbandes der Konditoren, Leb- und Pfefferkuchler auf freigewerkschaftlicher Grundlage. Der Sitz des Verbandes war Hamburg, der des Ausschusses Nürnberg. Die Gründung löste grosse Entrüstung bei den Unternehmern aus, und diese schreckten auch vor keinem Mittel zurück, um dem Verband das Leben schwer zu machen. Scharf wachten sie darüber, dass ja kein rüdiges Schaf in den Betrieb kam. Wer im roten Verband organisiert war, wurde gemässregelt. Der Organisation kam jedoch die wirtschaftliche Entwicklung zu Hilfe. Die alten, in den Konditoreien gemässregelten, Verbandsmitglieder fanden unter besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Bäckereien Beschäftigung.

Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in sozialer Hinsicht kam die Konditorenbewegung rasch vorwärts, nachdem die Anklageschrift von August Bebel über die Lage der Bäckereiarbeiter erschienen war, Bebels Vorstoss hatte eine Bundesratsverordnung zur Festlegung einer Maximalarbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien zur Folge. Der Bann war gebrochen. Die Bundesratsverordnung förderte auch zu einem guten Teil den Zusammenschluss der Organisationen der Bäcker und Konditoren, wodurch gewerkschaftlich eine bedeutende Machterweiterung eintrat. Von da ab folgte Schlag auf Schlag, wodurch in die veralteten Lohn- und Arbeitsbedingungen Bresche gelegt wurde. Die Arbeitsbedingungen wurden durch Tarifverträge geregelt und den Forderungen an die Gesetzgebung konnte grösserer Nachdruck verliehen werden. Am 15. Januar 1915 wurde durch den Bundesrat das Verbot der Nachtarbeit verordnet, das auch für die Konditoreien Geltung hatte. Nach dem Krieg wurde die Sonntagsarbeit beseitigt und auch die Konditoren wurden vom Fluch der sieben-tägigen Arbeitswoche befreit. Dank der guten gewerkschaftlichen Organisation im Einheitsverband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter konnten bis jetzt alle Anstürme auf das Verbot der Sonntagsarbeit abgeschlagen werden.

SPD. In den Seidenfabriken von Lodz ist ein Streik ausgebrochen. 4 000 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt.

Die belgische Eisenhüttenindustrie ist ebenfalls von einem Streik bedroht. Die Arbeitgeber wollen die Löhne um 10 Prozent kürzen.

SPD. Die Mansfeld A.G. hat der gesamten Belegschaft der Kupferbetriebe mit Wirkung zum 19. Oktober gekündigt. Die Lohnverhandlungen hatten bis jetzt kein Ergebnis.



Ware statt Geld.

SPD. Die letzte Notverordnung der Regierung Brüning enthält eine bedenkliche Ermächtigung an den Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung, nach der dieser anordnen kann, dass die Arbeitslosenunterstützung allgemein bis zu einem Drittel ihres Betrages in Sachleistungen bestimmter Art gewährt wird.

Die Bestrebungen, die Geldunterstützung ganz oder teilweise durch Naturallieferung zu ersetzen, gehen von verschiedenen Voraussetzungen aus. Die Landwirtschaft will, um die Bargeldausgaben zu beschränken, ihre Steuern nicht mit Geld, sondern mit Getreide, Kartoffeln usw. bezahlen. Die hierdurch bei den Gemeinden eingehenden Nahrungsmittel sollen an die Erwerbslosen verteilt werden, wobei der Kleinhandelswert auf die Unterstützung angerechnet werden soll. Gleichzeitig wird mit der Naturallieferung auch von der Landwirtschaft der Wunsch nach Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte verbunden, weil hierdurch grosse Mengen von agrarischen Produkten nicht mehr auf den Markt gelangen. Neben dieser durchaus unerwünschten Wirkung besteht, wenn man den Forderungen der Landwirtschaft nachgeben würde, noch die Gefahr, dass die Landwirtschaft minder gute Qualitäten den Steuerbehörden oder Gemeinden anbietet, während die gute Ware dem freien Markt zugeführt wird. Da hieraus eine berechtigte Verbitterung der Arbeitslosen entstehen würde, ist dieser Weg absolut abzulehnen.

Andere Kreise wollen mit den Naturallieferungen eine Verbilligung der Kleinverkaufspreise erreichen, um damit die Kaufkraft der erwerbslosen Arbeiterschaft zu steigern. Ist aber diese an sich begrüssenswerte Absicht durch eine Zwangsbelieferung zu erreichen? Die Lebenshaltung der einzelnen Arbeitslosen ist völlig verschieden. Arbeitslose in kleinem und mittleren Städten können sich beispielsweise Kartoffeln und Heizmaterial durch Selbstversorgung sehr billig beschaffen, so dass eine öffentliche Versorgung teurer sein würde und eine Anrechnung auf die Unterstützung ungerecht wäre. Deswegen muss jede generell Naturalunterstützung, die auf Annahmewang beruht, aufs schärfste abgelehnt werden.

Lässt sich dagegen durch Massnahmen der einzelnen Gemeinden eine Verbilligung der Nahrungsmittelpreise für die Erwerbslosen erreichen, so ist dieser Weg selbstverständlich begrüssenswert. Jedoch wird und darf diese Hilfe zu keiner Verringerung der Unterstützungssätze führen, denn sehr gross werden die Möglichkeiten der Verbilligung nicht sein. Die Lebensmittelhändler werden, wenn auf sie ein Druck ausgeübt worden ist, bestimmte Nahrungsmittel an Erwerbslose billiger abzugeben, sich durch die Lieferung qualitätsmässig geringerer Waren schadlos halten oder den allgemeinen Preis erhöhen, so dass die anderen Käufer die Kosten für die Verbilligungsaktion aufzubringen haben. Die Erhöhung der Berliner Brotpreise um 2 Pfennig zeigt, wie rasch die Bäcker dabei sind, das ihnen in den Verhandlungen im Reichsernährungsministerium abgerungene Zugeständnis, für Erwerbslose das Brot um 4 Pfennig billiger abzugeben, durch Verteuerung des allgemeinen Brotpreises wieder rückgängig zu machen. Wirkliche Unterstützung für die Erwerbslosen kann nur die zusätzliche, kostenlose Zuweisung von Kohle und Kartoffeln bringen, die nach den Vorschlägen der Sozialdemokratischen Partei auch keine besondere Neuaufbringung von Reichsmitteln erfordert. Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns also gegen jede Regelung wenden, durch die Unterstützungssätze der Erwerbslosen zwangsmässig in Nahrungsmittellieferungen umgewandelt werden.

SPD. Die Tagung der Notenbankpräsidenten in Basel im Rahmen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat die deutschen Hoffnungen auf Verlängerung des Rediskontkredits erfüllt. Die Beteiligten betonen, dass die Verhandlungen in entgegenkommendem Geist verliefen. Vielfach hat man von Basel irgendetwas Initiative gegen die Währungs- und Finanzmisere erwartet. Diese Erwartungen sind unbegründet. Von beteiligter Seite wird betont, dass sich in Basel Finanztechniker versammelt hätten. Der Finanztechniker habe aber nicht das Wort, sondern der Politiker. Erst wenn der Politiker gute Politik mache, könnten die Finanztechniker wieder für Kredit sorgen.

Es muss unterstrichen werden, dass der Zwischenfall Schacht in Marburg auf die Verhandlungen nicht abgefärbt hat. Das ist wohl das sicherste Zeichen dafür, dass Schacht durch die Dummheiten der letzten Monate seine international Plattform verloren hat.

Besprochen wurden in Basel auch die Frage der Zinsen nach dem Stillhalteabkommen. Im Stillhalteabkommen sind die Zinsen für die Deutschland zu belassenden Kredite nicht einheitlich festgesetzt worden. Man hat davon abgesehen, weil die Gefahr bestand, dass der für Deutschland ungünstigste Zinssatz schliesslich allgemeiner Zinssatz wurde. Nach den getroffenen Vereinbarungen im Stillhalteabkommen wird der Zinssatz zwischen den einzelnen Instituten geregelt. Man kann nun sagen, dass Amerika und England sehr zuvorkommend sind. Die Zinsen, die sie von Deutschland fordern, entsprechen den üblichen Sätzen. Das lässt sich leider von den holländischen und schweizerischen Banken nicht behaupten. Hier gibt es zum Teil Zinssätze, die selbst für deutsche Begriffe hoch sind. Sehr wahrscheinlich wird man in den nächsten Tagen in Sonderverhandlungen hier eine Aenderung zu erzielen versuchen.

SPD. Es ist Sinn der Demokratie und des Parlamentarismus, durch eine strenge Kontrolle Unwirtschaftlichkeiten und Unregelmässigkeiten schnell und sicher auf die Spur zu kommen. In der deutschen Republik dient diesen Zwecken der Rechnungshof. Im grossen und ganzen kann man dem Rechnungshof bescheinigen, dass er gute Arbeit geleistet hat, und es ist ihm wohl zu danken, dass man von manchen Gewohnheiten, die in der wilhelminischen Zeit "lieb und teuer" geworden waren, abgeben musste. Wenn der Rechnungshof immer noch ganz tolle Sachen ans Licht zerren muss, dann handelt es sich dabei auffällig viel um das Auswärtige Amt. Hier scheinen die Dinge noch vielfach der genügenden Kontrolle zu entbehren. Vielleicht liegt es daran, dass man hier von alten liebgewordenen Gewohnheiten nicht lassen will.

Der Rechnungshof hat jetzt einen Nachtrag zu der Denkschrift zur Reichshaushaltrechnungen für das Jahr 1928 vorgelegt, die die Rechnungslegung des Auswärtigen Amtes zum Gegenstand hat. Daraus dürften einzelne Fälle interessieren:

Irgendwo am Mittelmeer zieht ein Beamter des Auswärtigen Amtes um. Zu diesem Zwecke wird ein Möbelpacker von Hamburg angefordert. Dieser Möbelpacker fährt nun von Hamburg nach dem Mittelmeer - und packt. Das kostet die Kleinigkeit von fast 2 000 Mark. Aber noch mehr. Die Hamburger Möbelfirma, die diesen teuren Packer an das Mittelmeer schickt, beauftragt mit dem Umzug am Mittelmeer eine ortsansässige französische Firma. Diese führt den Umzug prompt aus. Für die Vermittlung erhält die Hamburger Möbelfirma eine Kommissionsgebühr von über 525 Mark.

Ein anderer Fall: Irgendwo fährt man zu Verhandlungen nach dem Ausland. Ein beteiligter Legationsrat versichert sein Gepäck mit 8 000 Mark. Bei dem Amtsgehilfen und der Stenotypistin liegt eine Versicherung von je 3 000 Mark vor. Mit Recht bemerkt dazu der Rechnungshof, dass die Mitnahme von Reisegepäck von so hohem Wert nicht durch dienstliche Erfordernisse bedingt sei.

Ein dritter Fall betrifft eine Gesandtschaftseinrichtung, die man auf Reisen schickt. Und zwar handelt es sich um den Weg von Barranquilla nach Bogotá. Der Transport kostete fast 82 000 Mark. Der Gesandte erklärt die unbegreifliche Höhe dieser Kosten damit, dass man besondere Vereinbarungen mit den einzelnen Transportunternehmungen getroffen habe. So habe die Ueberführung von etwa 20 Kisten vom Gesandtschaftsgebäude nach dem Bahnhof 6 570 Mark gekostet. Was steckt dahinter? Man hat tief im fremden Land eine Berliner Firma mit der Ausführung dieses Transportes beauftragt. Die Berliner Firma gab den Auftrag prompt an eine ausländische Firma weiter, was, wie die Rechnung zeigt, eine ungeheure Stange Geld gekostet hat.

Berliner Viehmarkt.

(13. Oktober 31.)

SPD. Bei flauem Handel und reichlichem Angebot gab es auf dem Schweine-markt stärkere Preisabschläge, von denen besonders die leichteren Tiere betroffen worden sind. Die Preisermäßigungen machen rund 5 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht aus. Dagegen konnten sich am Hammelmarkt und auch am Schafmarkt so ziemlich in allen Klassen Preiserhöhungen durchsetzen. Die Aufwärtsbewegung beruht durchweg auf nicht genügender Beschickung. Auch am Rindermarkt war der Auftrieb zu gering ausgefallen.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) - (-), b) (240 bis 300 Pfd.) 48-49 (53), c) (200 bis 240 Pfd.) 44-48 (49-52), d) (160 bis 200 Pfd.) 40-43 (44-48), e) (120 bis 160 Pfd.) 35-40 (40-43), Sauen 38-40 (42-45). Schafe: a) 34-36 (33-33), b) 38-41 (37-40), c) 30-36 (30-35), d) 20-28 (16-24). Kälber: b) 52-60 (50-58), c) 40-58 (42-56), d) 25-35 (28-38). Kühe: a) 28-31 (27-30). b) 20-26 (19-25), c) 17-19 (16-18), d) 12-15 (12-15).

SPD. Am Donnerstag beginnt in Frankfurt/Main der Prozess gegen die Direktoren der Favag (Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft).

Der sensationelle Zusammenbruch dieses Versicherungskonzerns, der im Versicherungsgewerbe ungefähr dieselbe Stellung einnahm wie gegenwärtig die Deutsche Bank auf dem Kreditgebiet, schlug wie eine Bombe ein. Ohne Zweifel hat die Favagpleite die ganze wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland stark beeinflusst. Das kam nicht von ungefähr und war kein Zufall. Die Favagpleite offenbarte Hintergründe in der Wirtschaftsführung Deutschlands, die man für unmöglich hielt und die das Misstrauen im Auslande wachriefen. Die Vertrauens- und Kreditkrise in Deutschland hat zwei wichtige Ursachen. Die eine Ursache ist die Hitlerwahl vom 14. September 1930, die andere, ebenso schwerwiegend, der Zusammenbruch der Favag.

Als im August 1929, man lebte noch in der uns heute sagenhaft erscheinenden Hochkonjunktur der Rationalisierungsperiode, die Favag zusammenbrach, war das das Signal für eine lange Zusammenbruchsperiode und eine heute noch nicht abgeschlossene Industriepite. In Frankfurt sollen jetzt kriminelle Verbrechen gesühnt werden. Die volkswirtschaftlichen Sünden gehören der Geschichte an. Sie haben der deutschen Volkswirtschaft ein Riesenvermögen gekostet. Die Leute, die in der Favag sündigten, haben der deutschen Wirtschaft unheilbare Wunden geschlagen.

Der Favagkrach kam wie ein Blitz aus heiteren Himmel. Der Frankfurter Versicherungskonzern galt als eines der solidesten Versicherungsunternehmungen Deutschlands und der ganzen Welt. Im Aufsichtsrat war die erste Garnitur der deutschen Grossbankiers vertreten. Noch wenige Monate vor dem grossen Krach

verteilte die Gesellschaft eine Dividende von 12 Prozent. Das liess alles andere als eine Riesenpleite erwarten. Der Börsenkurs stand auf 200 Prozent. Das allein gibt einen Begriff von dem Ansehen, das die Favag in deutschen Finanzkreisen genoss. Dann kam alles anders. Die Börse quittierte den katastrophalen Zusammenbruch mit einem noch katastrophaleren Kurssturz. Die Aktien der Frankfurter Versicherung sanken in den Tagen nach Bekanntwerden der Pleite auf 70 Prozent. Man wurde hellhörig. Misstrauen begann sich zu regen. Man hielt es für klug abzuwarten. Das war der Beginn der grossen Krise.

Wie ist es zu jenem Zusammenbruch gekommen, der in der 150jährigen Geschichte des Versicherungswesens beispiellos dasteht? Der Revisionsbericht, der von einer durch die Generalversammlung eingesetzten Kommission ausgearbeitet worden ist, ist ein einziges vernichtendes Urteil über die Geschäftsführung bei der Favag. Der Bericht beschränkt sich erfreulicherweise nicht allein auf das Urteil, wonach die Direktoren gegen Satzungen und Gesetz schwer verstossen haben, sondern er nagelt auch die Verantwortlichkeit des Aufsichtsrates fest, der die ihm übertragene Kontrolle nachlässig gehandhabt, bzw. unterlassen hatte. Nach dem Ergebnis der Revision waren das Aktienkapital und die Reserven in Höhe von 32,1 Millionen Mark gänzlich verloren; 60 Prozent der Gläubigerforderungen in Höhe von 75 Millionen Mark konnten nicht gedeckt werden. Im Urteil der eingesetzten Kommission heisst es ausdrücklich, dass der Zusammenbruch der Favag kein elementares Ereignis gewesen ist, sondern die Folge einer jahrelang betriebenen Politik des Vertuschens und der Täuschung. Man hatte gewurstelt, hatte, ähnlich wie man das später im Nordwollekonzern erfuhr, ein Loch aufgerissen, um das andere zu stopfen. So griff die Fäulnis im Konzern um sich. Dann fand keiner mehr den Mut zur Wahrheit. Von dem allen hatte der Aufsichtsrat nichts geahnt. Ihm kam eine "Ahnung" der grossen Gefahr erst, als der allmächtige Generaldirektor Dumke von der Favag, den man hinterher den "bösen Geist" des Unternehmens genannt hat, verstarb und der Nachfolger nicht mehr das Format hatte, das frevelhafte Spiel fortzusetzen. Im Revisionsbericht heisst es trefflich dazu: "Wie diese Männer aber aus persönlichem Eigenutz gesündigt und Aktionäre wie Gläubiger in jahrelanger Folge schwer geschädigt haben, färbt das Bild tief schwarz".

Fügen wir dem noch einige Tatsachen an: Man suchte bei der Favag nach Riesengewinnen und ging deshalb nach Ländern, wo die Währungslage solche Gewinne in Aussicht stellte. Das waren Länder mit unsicherer oder gerade stabilisierter Währung wie Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslowakei. Hier entstanden beträchtliche Verluste. Man musste sie natürlich vertuschen. Aus diesen Motiven heraus wurde bereits die Goldmarkeröffnungsbilanz der Favag vom Jahre 1924 gefälscht und retouchiert. In den folgenden drei Jahren wurden die Bilanzverschleierungen und Bilanzfälschungen in geradezu phantastischer Weise fortgesetzt. Um die Verluste aber wieder herein zu holen, stürzte man sich in noch wildere Spekulationen, die mit Versicherungsgeschäften schon gar nichts mehr zu tun hatten. Schliesslich sass der Konzern in einer Unzahl von Kreditversicherungs-, Garantie- und Beteiligungsgeschäften fest, für die keine Gesellschaft der Welt mehr Rückversicherung übernehmen wollte. Aber man deckelte die Sache. Die Umsatzziffern waren gewaltig aufgebläht und aus den gewaltig aufgeblähten Umsatzziffern "rechnete sich der Vorstand", wie sich die Prüfer im Revisionsbericht ausdrücken, "reich". Bereits Ende 1928 waren etwa 30 Millionen Mark verloren. Das hielt den Vorstand und den Aufsichtsrat aber nicht zurück, noch im Juni 1929 eine 12prozentige Dividende auszuschütten. Die Dividende wurde aus Verlusten gezahlt, wie heute etwa die Schwerindustrie aus Verlusten Kapital bilden will.

Der Favagprozess enthüllt die ganze Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, das Fehlen jeder Kontrolle, den ganzen Wahn der Diktatur des Generaldirektors. Die Rolle, die der Aufsichtsrat der Favag bei den ganzen Skandalaffären gespielt hat, ist ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer

wie im Falle Lahusen-Nordwolle.

Vier Kommissionen waren vom Aufsichtsrat bei der Favag zur Kontrolle eingesetzt. Drei sind davon überhaupt nie zusammen getreten. Von der vierten erfährt man auch nicht viel. In den Jahren 1924 - 1926, als Millionen ver= brecherisch verloren wurden, fiel eine zweite vorgesehene Aufsichtsratssitzung aus. Warum? Aus "Sparsamkeitsgründen"! Im Mai 1929, als schon 30 Millionen Mark endgültig verloren waren, hat eine Revision nur festgestellt, dass höch= stens ein Betrag von $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen Mark "mehr oder weniger eingefroren sei". Und der von der Deutschen Bank gestellte Revisor erklärte, dass kein Grund bestehe, die Ausschüttung der Dividende von 12 Prozent zu unterlassen.

Das ist ungefähr die Geschichte der Favag, der grössten Pleite im moder= nen Deutschland vor dem Fall Lahusen. Die Frankfurter Richter werden ihr Ur= teil zu sprechen haben. Vor Gericht steht aber das kapitalistische System mit seinen unendlichen Schäden, stehen aber auch die Leute, die es bisher zu ver= hindern wussten, dass an diesem System wesentliches zur Sicherung und Konso= lidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland geändert wurde.

(Wir werden über den Favagprozess eingehend berichten.)

SPD. Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten teilt mit, dass die In= landskundschaft im September Aufträge nur in ganz geringem Umfange vergeben habe. Auch die Auslandsaufträge erreichten einschliesslich der Russenaufträ= ge nicht den Auguststand, der sich gegenüber dem Monat Juli bereits stark verringert hatte.

In dem mit dem September abschliessenden dritten Vierteljahr 1931 habe sich die Lage der Maschinenindustrie weiter verschlechtert. Der am Ende des zweiten Vierteljahres nicht unerheblich gestiegene Eingang von Auslandsauf= trägen, die in letzter Zeit fast ein Drittel aller Aufträge ausmachten, sei bis Ende des dritten Vierteljahres 1931 ungefähr auf den Tiefstand vom März 1931 gesunken. Der Gesamtauftragseingang der deutschen Maschinenindustrie habe im dritten Vierteljahr 1931 noch um 10 Prozent unter dem zweiten Vierteljahr 1931 gelegen. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 1930 müsse eine Abnahme um 30 Prozent und gegenüber dem dritten Vierteljahr 1929 eine Abnahme von 50 Pro= zent verzeichnet werden.

Der Beschäftigungsgrad, der sich im dritten Vierteljahr 1929 auf 69 Pro= zent und im dritten Vierteljahr 1930 auf 53 Prozent der Sollzahl belaufen hat= te, sank im dritten Vierteljahr 1931 durchschnittlich 41 Prozent. Die Arbeits= zeit ging in der gleichen Zeit von 48 über 44 auf 41 Stunden im Wochendurch= schnitt zurück.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,20 bis 1,40, rote und Odenwälder Blaue 1,40 bis 1,60, andere Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,60 bis 1,80, RM. Fabrikkartoffeln $5\frac{1}{2}$ - 7 Pfg. je Stärkeprozent.

Ernüchtert.

(Berliner Getreidebörse vom 13. Okt.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in einer wesentlich ruhigeren Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte wurden wieder für alle Sorten Notierungen vorgenommen, wobei Weizen um $\frac{1}{2}$ Mark bis 2 Mark verlor, während Roggen seinen Stand gegenüber den Sonnabendnotierungen um 2 bis 3 Mark befestigen konnte. Im Handel mit effektiver Ware ist zwar das Angebot keineswegs grösser geworden. Auf der anderen Seite fehlt jedoch die Kauflust wieder sehr. Roggen konnte seinen Preisstand befestigen, während Weizen unverändert notiert wurde. Im Mehlhandel fanden am Montag Nachmittag noch lebhaftere Umsätze zu steigenden Preisen statt. Jetzt ist auch dieser Markt sehr ruhig geworden. Umsätze erfolgen nur zur Deckung des laufenden Bedarfes und die Forderungen der Mühlen sind unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Die Preise sind wenig verändert und es findet laufendes Konsumgeschäft statt.

	12. Okt.	13. Okt.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	214 - 217	214 - 217
Roggen	184 - 186	187 - 189
Braugerste	159 - 173	159 - 173
Futter- und Industrierogerste	151 - 158	151 - 158
Hafer	141 - 149	141 - 149
Weizenmehl	27,25 - 32,00	27,25 - 32,25
Roggenmehl	26,25 - 29,00	26,40 - 29,00
Weizenkleie	10,20 - 10,40	10,20 - 10,40
Roggenkleie	9,15 - 9,40	9,15 - 9,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 229 (Vortag 230 $\frac{1}{2}$)
 Dezember 233 (235). Roggen Oktober 198 (196), Dezember 198 $\frac{1}{2}$ -199, Hafer Ok=
 tober 153 $\frac{1}{2}$ -153 Brief (154 $\frac{1}{2}$), Dezember 156 $\frac{1}{2}$ -155 $\frac{1}{4}$ (157).

Rauhfutternotierungen.

(13. Oktober)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) RM	0,70 - 0,90
" " Weizenstroh " RM	0,55 - 0,70
" " Haferstroh " RM	0,60 - 0,70
" " Gerstenstroh " RM	0,60 - 0,70
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt RM	0,65 - 0,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh RM	0,50 - 0,70
" " " Weizenstroh RM	0,45 - 0,60
Häcksels	Tendenz behauptet...	RM 1,30 - 1,50
Handelsübliches Heu, gesund und trocken RM	1,25 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken RM	1,80 - 2,30
Luzerne, lose RM	2,40 - 2,70
Thymothee, lose RM	2,35 - 2,65
Kleeheu, lose RM	2,25 - 2,55
Drahtgepresstes Heu RM	0,30 über Notiz..

Tendenz stetig.

Der Reichstag

53.

am 13. Oktober 1931.

SPD. Die Tribünen waren schon lange vor Eröffnung der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt. Die Regierungsmitglieder sind vollzählig erschienen. Die Plätze der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten sind zunächst unbesetzt, nur die Fraktionsführer dieser Parteien sind als "Horchposten" anwesend.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehen angehörten Nachruf auf die in der Sitzungsfreien Zeit verstorbenen Abgeordneten Kerp (Ztr) und Gmeinder (Natsoz). Der Präsident lässt dann das Schreiben verlesen, in dem dem Reichstag die Ernennung der zweiten Regierung Brüning mitgeteilt wird. Vor Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Torgler (Komm) einen Antrag, die polizeilichen Absperrungen um den Reichstag sofort aufzuheben. Dieser Antrag wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten, die inzwischen in den Saal eingezogen sind, abgelehnt.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein: "Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung".

Reichskanzler Dr. Brüning

wird von den Kommunisten empfangen mit Rufen "Hungerkanzler! Diktator!":

"Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, dem Hohen Hause die Reichsregierung in der Zusammensetzung vorzustellen, wie sie Ihr Herr Präsident soeben verkündet hat. Es ist mir ein inneres Bedürfnis, zunächst den ausgeschiedenen Herren Ministern Dr. Curtius, Dr. Wirth und v. Guérard den Dank der Reichsregierung für ihr pflichttreues Wirken im Dienste für Reich und Volk auszusprechen. In jahrelanger aufopfernder Tätigkeit haben diese Herren mit einer in vielen schwierigen Lage erprobten Sachkenntnis dem Vaterlande in bedeutsamer und hingebender Arbeit gedient. Die Reichsregierung ist ergänzt durch einen bewährten Vertreter der Wirtschaft, der als Sachberater der Reichsregierung in den vergangenen Monaten zur Seite gestanden hat. - -

Die Leitung des Wehr- und Innenministeriums ist in eine Hand vereinigt. Mehr als je zuvor, zwingt uns unsere heutige Notlage zu einer einheitlichen Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel, namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Machtbefugnisse, gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen. Die Sicherung der Autorität des Reiches ist die Vorbedingung der Festigung des Vertrauens nach innen und aussen und für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, an dem alle positiven Kräfte mitarbeiten müssen. Die Leitung der Wehrmacht wird ihre bisherigen bewährten Grundsätze weiter verfolgen, die dem Hohen Hause bekannt sind, und Gewähr dafür bieten, dieses wichtigste Machtinstrument des Staates jederzeit seinen Aufgaben gewachsen ist. Das Justizministerium ist in die Hände eines Mannes gelegt, der seit einem Menschenalter dem Staate in schwerster Zeit besonders treu und erfolgreich gedient hat.

Die Leitung des Aussenministeriums wird in meiner Hand liegen. Ich werde die Aussenpolitik im Geiste der Besprechungen der letzten Monate, vor allem der jüngsten deutsch-französischen in Berlin, fortführen. Die Reichsregierung erwartet das Heil nicht allein durch internationale Verhandlungen oder Hilfe des Auslandes. Aber Deutschland hat im letzten Jahrzehnt am eigenen Leibe mehr als alle Nachbarn gespürt, wie die ungelösten politischen Fragen der Welt die innere Not bis zur Grenze des Erträglichen gesteigert und wachsende Verzweiflung in allen Schichten des Volkes genährt haben. Deshalb hat Deutschland das Recht, an die Völker der Welt den Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerlässlichen solidarischen Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat werden zu lassen. Ich glaube, dass in den vergangenen Monaten ein gewisser Fortschritt

in solcher Gesinnung erzielt worden ist. Allen Völkern sollte inzwischen lebendig vor Augen geführt sein, dass das Schicksal jedes Staates mehr denn je in der Vergangenheit mit dem Schicksal der Nachbarn verflochten ist. Kein Staat kann auf die Dauer einen wirklichen Vorteil aus der Not der anderen Länder erwarten. Die verderblichen Folgen politischer Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbare Bedrängnis geführt. Die weitschauende Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat leider nur eine vorübergehende Erleichterung geschaffen. So gross auch ihre Bedeutung war und so dankbar sie vom deutschen Volke empfunden wurde, schon die Ungewissheit in den Fragen der politischen Zahlungen übt fortgesetzt eine Lähmung auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus. Unmittelbare und offene Aussprache, wie sie in Chequers, Paris, London, Rom, und hier in Berlin gepflogen wurden und weiterhin zu führen sind, sollen den Weg zur tatsächlichen Solidarität der Nationen ebnen. Denn es muss die Möglichkeit gefunden werden, klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Nachbarn zu schaffen. Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Verwirklichung des Grundsatzes der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern. Ich warne vor Augenblickslösungen unter dem Druck dringender materieller Not. Sie würden, auf die Dauer gesehen, schlimmere Folgen haben als der gegenwärtige Zustand.

Die weitergreifende Zerrüttung der Kreditwirtschaft der Welt hat die Reichsregierung von Woche zu Woche vor neue Aufgaben gestellt. Was vor Monaten in der Beurteilung der Wirtschafts- und Finanzlage eines Landes richtig war, ist nach kurzer Zeit durch die Wirkung der Krise in anderen Ländern überholt. Die Aufgabe der Reichsregierung war es, und der neuen Reichsregierung wird es sein, die Regierungsmassnahmen elastisch den jeweiligen neu auftretenden Auswirkungen der Weltkrise anzupassen. Die Reichsregierung nimmt für sich als einen Erfolg in Anspruch, dass sie rechtzeitig und als erste im Kreise der grossen Nationen mit entscheidenden Sparmassnahmen in den öffentlichen Ausgaben und mit möglichster Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat. Hierdurch allein ist verhindert worden, dass die gesunden Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft in den vergangenen Monaten völlig erschüttert worden sind. Das Beispiel der Reichsregierung hat Nachahmung in der ganzen Welt gefunden. Es ist anerkannt worden als eine mutige Einstellung auf eine schwere Zukunft. Massnahmen, wie die Bereitstellung des Schultigungsfonds, haben in den kritischen Zeiten der Bankschwierigkeiten sich geradezu als eine Rettung erwiesen. Die Reichsregierung wurde durch Entschliessungen, die allerdings hart und unpopulär waren, in die Lage versetzt, gerade in dieser Zeit zur Rettung der Privatwirtschaft schwebende Schulden in Höhe von nahezu dreihundert Millionen Mark zurückzuzahlen.

Die Krise des englischen Pfundes, deren endgültige Lösung noch nicht sicher beurteilt werden kann, stellt Reichsregierung und Reichsbank vor neue Aufgaben. Noch stärker als in den vergangenen Monaten ist eine Einstellung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander und eine Anpassung des deutschen Selbstkosten- und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig. Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen, der der Reichsregierung in den wechsellvollen Entwicklungen der Krise zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes zur Tilgung der

kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage. Fehler der Vergangenheit im Wirtschaftsaufbau Deutschlands müssen schneller als bislang ausgeräumt werden. Die bisherigen Massnahmen der Reichsregierung, die ihre Fortsetzung finden werden, haben dazu gedient, die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft zu verringern, die Ausgaben der öffentlichen Hand herabzusetzen und die mit Fehlinvestitionen von Kapital verbundenen Gefahren für die Zukunft einzuschränken. Die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland durch Krieg, Inflation und Reparationslasten befand, haben dazu geführt, dass die grossen Unternehmungen durch ausländische Kredite eine sehr starke Expansion betreiben konnten, während Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie in ihren Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten demgegenüber zurückgeblieben sind. Eine in vieler Hinsicht ungesunde Entwicklung ist die Folge. Die Kreditpflege gerade für Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie muss auch bei der Bankenpolitik in der Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein. Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen. Ihre Senkung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen.

Nur in diesem Gesamtrahmen wird es möglich sein, zu verhindern, dass das deutsche Volk an der Sozialpolitik überhaupt irre wird und im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten gegenüber den in schwierigen Lagen bewährten und unentbehrlichen Einrichtungen in eine entgegengesetzte Denkrichtung verfällt. Die Sozialpolitik muss allerdings derartig gestaltet und gehandhabt werden, dass sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmässig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft nicht vorbeigegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muss, aber grösserer Elastizität in der Handhabung bedarf. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepasst werden können. Der Grundgedanke einer guten Sozialpolitik muss gerade in gegenwärtiger Notzeit Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Pflicht erkennen lassen, ihre Angelegenheiten gemeinsam unter möglichst eigener Verantwortung und unter möglichst geringer Einmischung des Staates zu regeln.

Mit einer solchen Politik muss Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gesunkenen Kaufkraft im Inlande schnell angepasst werden muss.

Eine Verzinsung und Tilgung der kommerziellen Schulden des deutschen Volkes ist nicht möglich, wenn den deutschen Waren die Weltmärkte in fortschreitendem Masse gesperrt werden. Diese vielfach befolgte Politik führt zu einer Zerrüttung der Weltwirtschaft, an deren Ende die völlige Verarmung aller Völker stehen wird. Die Reichsregierung ist gewillt, alle Schritte zu tun, um einer solchen Politik zu begegnen. Ebenso klar ist sie sich allerdings darüber, dass die Bedeutung des Binnenmarktes in der kommenden Zeit stärker in den Vordergrund treten wird. Diesem Ziele dienen auch die Pläne einer erweiterten und beschleunigten Siedlung auf dem Lande und im Vorfeld der Städte, die gleichzeitig eine seelische Entlastung von dem Druck der Arbeitslosigkeit bringen soll.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit den vorhandenen und anfallenden Devisenbeständen sparsam zu wirtschaften. Einschränkungen der Einfuhr werden im Wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft die vorliegenden Bedürfnisse ausreichend und zu angemessenen Preisen decken kann. Damit entspricht die Reichsregierung auch den Mahnungen der Baseler Sachverständigen.

Der Weg, den das deutsche Volk zu gehen hat, ist uns klar vorgezeichnet. Er ist hart und schwer, aber auch keinem anderen Volke bleiben harte Massnah-

men erspart bis zu dem Tage, an dem die Not die Völker der Welt zu einheitlichen Massnahmen gezwungen hat. Der Weg kann nur zuende gegangen werden, wenn unser Volk die Ueberzeugung hat, dass Lasten gleichmässig verteilt und Gerechtigkeit und Verantwortungsbewusstsein überall wiederhergestellt sind. Das deutsche Volk hat im instinktiven Bewusstsein, dass ein klarer, ehrlicher, wenn auch dorniger Weg zum Erfolge und zur Freiheit führen kann, bislang die schwersten Opfer ertragen. Es hat gerade in den Wochen der Bankenkrise sich dadurch eine Achtung in der Welt erobert, die in der Aussenpolitik ein wertvolles Aktivum darstellt. Gerade weil das deutsche Volk, wenn es Gerechtigkeit Zielklarheit und Hoffnung auf einen Enderfolg sieht, zu den schwersten Opfern befähigt ist, ist es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, dass alle Versuche der Ausnutzung der Notlage des Staates und der Wirtschaft durch unwahrhafte Agitation verhindert werden. Die Oeffentlichkeit muss die Gewissheit haben, dass Auswüchsen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und dass der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruh und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen. Aus diesem Grund sind durch mehrere Notverordnungen eine Reihe von scharfen Massnahmen getroffen, die dem arbeitsamen und ordnungsliebenden deutschen Volke die Gewissheit geben sollen, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist.

Die Reichsregierung ist sich bewusst, dass Notverordnungen und polizeiliche Massnahmen allein nicht ausreichen, sondern nur den Weg freimachen können. Sie bedurfte dabei der hingebenden Arbeit eines unter Opfern und erschwerenden Umständen pflichttreu tätigen Berufsbeamtentums.

Entscheidend im ganzen ist der richtunggebende ethische Wille. Der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, aber auch zur Selbstzucht und zum Opfer für das Vaterland. Diesen Willen in unserem Volke und besonders in unserer Jugend zu wecken, sieht die Reichsregierung als ihre wichtigste Aufgabe an. Das Volk und vor allem die Jugend muss vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein. Die Reichsregierung wird alle Kraft in den Dienst ihrer vornehmsten Aufgabe zur Rettung des Vaterlandes stellen."

Die Verlesung der Regierungserklärung wird von den Kommunisten wiederholt durch laute Zurufe unterbrochen: "I.G. Farben in der Regierung!" "Militärdiktatur!" "Aussaugung des Volkes!" Von den Mittelparteien und an einigen Stellen auch von den Sozialdemokraten kommen Zustimmungsrufe zu einzelnen Sätzen der Erklärung. Die Betonung der Notwendigkeit der Währungsstabilität wird mit Beifallsklatschen begrüsst, ebenso die Versicherung, dass der Ausnutzung der Volksnot durch unwahrhaftige Agitation mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden soll.

Im Anschluss an die Verlesung der Erklärung führt Reichskanzler Dr. Brüning in freier Rede aus, es sei notwendig, über einige Vorgänge der letzten Zeit eine offene Aufklärung zu geben. Die Verschärfung der Krise habe in letzter Zeit zu einem Zustand geführt, wie ihn die moderne Geschichte der Wirtschaft noch nicht gekannt hat. Ich kann mit Befriedigung feststellen, dass jetzt auch aus den Kreisen der Rechtsopposition nicht mehr das Bestehen einer Weltkrise geleugnet wird. Die rücksichtslose Agitation dieser Kreise ist zerstört worden durch die Ereignisse des letzten Sommers. Ueberall wird jetzt eingesehen, dass die ganze Welt in einer ganz aussergewöhnlichen Situation steht. Aussergewöhnliche Verhältnisse machen aussergewöhnliche Massnahmen erforderlich. Wir in Deutschland haben uns der Situation schneller angepasst als andere Länder. Die deutsche Regierung hat sich früher unpopulär gemacht als andere sie hat es aber dadurch dem Volke erspart, mit einem Schlage vor ganz umstürzende Massnahmen zu stellen. Man hat mich einen Zögerer genannt; aber ich frage, wo unser Volk heute stände, wenn ich im Sommer dem Drängen nachgegeben

und das Moratorium oder den Zahlungsaufschub ausgesprochen hätte (lebh. Beifall). Ich lasse mich lieber jeden Tag als Landesverräter beschimpfen als dass ich die Nerven verliere und von dem Wege abweiche, den ich eingeschlagen habe. An dem Tage, an dem der Reichstag das von mir verlangt, würde ich sofort demissionieren. (Beifall).

In dieser schweren Zeit des Vaterlandes wäre es ein nationales Erfordernis, dass sich eine Regierung aller verantwortungsbereiten Parteien zusammenfindet. Ich würde bereit sein, in einer solchen Regierung den kleinsten und niedrigsten Posten anzunehmen. Leider Gottes ist die Bildung einer solchen Regierung in Deutschland ausgeschlossen. In der schicksalsschwersten Zeit unsere Volkes sind unsere Parteien nicht zur Zusammenarbeit bereit, sondern sie richten lieber Fronten gegeneinander auf, statt sich zusammenzufinden in der simplen und einfachen Pflichterfüllung für das ganze Deutschland. (Lebh. Beifall). Darum habe ich mich entschlossen, eine Regierung zu bilden, die noch unabhängiger von Parteien und Fraktionsbeschlüssen ist als die frühere. Dem Volke wird in dieser schweren Zeit nicht gedient durch die Formen des politischen Kampfes, die sich auf der Harzburger Tagung gezeigt haben und die auch nicht die Chancen des Erfolges einer kommenden Rechtsregierung sichern können. Wenn man in Panikstimmung macht über die Lage der deutschen Reichsbank, dann zerstört man auch die Grundlagen einer kommenden Regierung (Beifall). Ich weise Ausdrücke zurück, die den Glauben des deutschen Volkes an seine Währung erschüttern können (Beifall). Die deutsche Reichsbank hat nichts zu verheimlichen. Für eine deutsche Reichsregierung wäre es verlockend, den Forderungen von rechts zu folgen, wenn sie populär bleiben will. Eine Reichsregierung, die etwa die Mark an die Entwicklung des englischen Pfundes anlehnt, hätte Notverordnungen nicht nötig. (Zuruf von den Kommunisten: "Lehnen Sie die Mark lieber an den Sowjet-Rubel an!" - Grosse Heiterkeit). Ich habe bei der Uebernahme des Reichskanzleramts zu einem Wirtschaftssachverständigen gesagt: "Ich weiss, dass die Aufgabe, die ich jetzt übernehme, zu neunzig Prozent verloren ist!" Das war nicht Schuld des Kabinetts Hermann Müller, sondern es waren die Fehler, die insgesamt die öffentliche Hand und ein Teil der Privatwirtschaft in den ganzen sechs Jahren gemacht hat. Es ist eine Kredit-Inflation aus dem Auslande eingetreten, die den gesunden Menschenverstand vernebelt und einen Schleier über alle Dinge gebreitet hat. (Zurufe des deutschnationalen Abg. Dr. Quaatz). Wenn Sie, Herr Quaatz, mir 1927 mehr geholfen hätten, wären die Ueberstiegenheiten der Besoldungsordnung damals nicht gekommen. (Widerspruch des Abg. Dr. Quaatz). Die Fehler der öffentlichen Hand liessen sich aber leichter reparieren als die in der Privatwirtschaft begangenen. Darum will die Reichsregierung mit den in der Notverordnung zugelassenen Massnahmen dahin wirken, dass wieder gesunde Prinzipien in der Privatwirtschaft einziehen, die auch in manchen grossen Gesellschaften verlassen worden sind. Erscheinungen, wie wir sie bei Favag und Nordwolle erlebt haben, dürfen nicht wiederkehren (Beifall). Durch die zu diesem Zweck getroffenen Massnahmen der Reichsregierung, die bankenkontrolle und gewisse Eingriffe in die Kartellwirtschaft, hat sich die Regierung Angriffe aus bestimmten Wirtschaftskreisen zugezogen. Ich bin aber der Meinung, dass es gerade im Interesse der Privatwirtschaft liegt, wenn nicht durch solche Uebelstände im Volk der Eindruck entsteht, dass die Privatwirtschaft überhaupt nicht länger aufrechterhalten werden kann.

Wenn von einzelnen Organen der Rechten der Regierung sogar die Schuld an der Bankenkrise zugeschoben wird, so möchte ich darauf antworten: Seien Sie vorsichtig, sonst könnte ich vielleicht von dieser Tribüne aus sehr deutlich werden! (Zurufe von den Kommunisten: Werden Sie doch deutlich, was haben Sie denn für Geheimnisse mit der Rechten?) Wenn die Rechte gegen die Notverordnung Sturm läuft, so wäre es mir politisch sehr interessant, wie die

Nationalsozialisten eine Ablehnung der Bestimmungen der Notverordnung über die Bankenkontrolle oder über die Kürzung der grossen Pensionen verantworten wollen. Andererseits muss ich zur Ehre der deutschen Banken erklären, dass man nicht ihre Organisation oder ihre Wirtschaft für die Bankenkrise verantwortlich machen kann. Wenn in einer aussergewöhnlichen Notzeit ein allgemeiner Run auf die Banken einsetzt, so ist dem auch das gesündeste Institut nicht gewachsen. Notwendig ist zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft eine Arbeitgemeinschaft zwischen den Unternehmern und den Arbeitnehmern. Es ist notwendig und nützlich, wenn beide Teile ihr Programm dazu vorlegen. Es ist freilich nicht geschickt, wenn die Wirtschaft mit ihrem Plan ein Programm verbindet, das in dieser Form der Veröffentlichung geeignet ist, die gesamte Arbeitnehmerschaft in einer Einheitsfront gegen dieses Programm zusammenzuschliessen. Es geht nicht so, dass man nur und ausschliesslich die Gesundung von immer weiteren Lohnsenkungen erwartet. Die Reichsregierung geht den Weg der Anerkennung der Wirklichkeit. Das ist der Weg des grössten Widerstandes. Von ihren Gegnern wird ihr zugemutet, sie sollte den Weg des geringsten Widerstandes gehen. Ich gehe aber meinen Weg weiter und heute ist es so, dass meine Aufgabe nicht mehr zu neunzig Prozent verloren ist, sondern dass das Verhältnis des Glücks oder Unglücks schon fünfzig zu fünfzig geworden ist. Die Einfuhr ausländischer Agrarprodukte ist gegen früher ganz wesentlich zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten kritischen Monaten nicht so gestiegen, wie wir es früher befürchtet hatten.

Der Weg ist frei und auch der kommende Winter kann unter allen Umständen überstanden werden. Unsere Wirtschaft ist in ihrem Produktionsapparat gesund. Nahrungsmittel haben wir genügend. Für die öffentlichen Finanzen ist Vorsorge getroffen, und es müsste merkwürdig zugehen, wenn das deutsche Volk nicht den Lebenswillen und politischen Instinkt hätte, um auch über diesen Winter hinwegzukommen. Wir sind entschlossen, die Dinge bis zu dem Augenblick fortzutragen, wo durch eine internationale Zusammenarbeit das kommt, was kommen muss, wenn nicht die ganze Welt versinken will in unendliche Not. Durch Kritik, Angriffe und Verleumdungen lasse ich mich nicht beirren. Ich stehe vor Ihnen, ich habe Ihnen mein Programm gesagt. Sie, die Parteien, tragen nun die Verantwortung für das, was kommen wird.

Von den Mittelparteien kommen am Schluss der Reichskanzlerrede lebhafteste Beifallskundgebungen. Der kommunistische Abg. Grube ruft dreimal "Rotfront hoch!" und wird deswegen vom Präsidenten Löbe für zwei Tage von den Sitzungen ausgeschlossen.

Gegen 4 1/2 Uhr vertagt der Präsident die Aussprache über die Regierungserklärung auf Mittwoch 12 Uhr.

Preussischer Landtag

249. Sitzung.

SPD. Berlin, den 13. Okt. 1931.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seinem ersten Sitzungsabschnitt nach der Sommerpause zusammen. Vizepräsident Dr. von Kries (Dnat.) eröffnete die Sitzung anstelle des durch Krankheit verhinderten Präsidenten Bartels. Haus und Tribünen waren stark besetzt.

Der amtierende Vizepräsident widmet zunächst den in der Sommerpause verstorbenen Abgeordneten Brückner (Soz.) und Gieseler (Dnat.) ehrende Nachrufe. Für die verstorbenen Abgeordneten treten in den Landtag ein der Parteisekretär Kurt Wegner (Soz.) und der Verbandssekretär Rödter (Christl. Soz.). - Dr. von Kries teilt dann mit, dass der erkrankte Präsident Bartels voraussichtlich noch einige Zeit das Bett hüten müsse, und er ihm im Namen des Landtags die Wünsche für eine baldige Genesung ausgesprochen habe. - Er verliest dann die Mitteilung des Staatsministeriums von dem Rücktritt des Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff (Zuruf bei den Komm.: Hungerminister!) und der vorläufigen Betrauung des Handelsministers Dr. Schreiber mit den Geschäften des Finanzministers.

Das Haus beginnt hierauf die gemeinsame Beratung der Misstrauensanträge gegen das Staatsministerium sowie gegen den Innenminister und Kultusminister und der übrigen Anträge zur Politik der preussischen Staatsregierung. Als dieser Punkt der Tagesordnung aufgerufen wird, ruft Abg. Kasper (Komm.): "Nieder mit der preussischen Hungerregierung!" Die Kommunisten erheben sich und stimmen dreimal in den Ruf "Nieder!" ein. Auf der Regierungsbank hat Innenminister Severing Platz genommen.

Abg. Steinhoff (Dnat.) begründet den deutschnationalen Misstrauensantrag gegen die Gesamtregierung: In dem gesunden Kern des preussischen Volkes herrscht ernste Sorge über das System Braun. Der selbstverständliche Antrag auf Einberufung des Landtags zwecks Stellungnahme zu dem Vorstoss Dr. Höpker-Aschoffs gegen den Bestand des preussischen Staates ist von der Regierungskoalition mit Zustimmung des Staatsministeriums verhindert worden. Die Deutschnationalen haben deshalb den Staatsgerichtshof angerufen und ein Misstrauensvotum eingebracht. "In Uebereinstimmung mit den Harzburger Willenserklärungen der nationalen Opposition fordert die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags die sofortige Auflösung dieses Landtages, dessen Zusammensetzung, wie nicht nur die Zahlen der Wahl vom 14. September 1930, sondern auch die Zahlen des unter einem ungeheuerlichen Beeinflussungsterror gestellten Stahlhelmsentscheids bewiesen haben, seit langem nicht mehr der politischen Einstellung der preussischen Wähler entspricht. Gleichzeitig fordern wir den sofortigen Rücktritt des gegenwärtigen Staatsministeriums auf Grund des allgemeinen tiefen Misstrauens, das ihm aus allen Teilen Preussens von einer überwältigenden Mehrheit - auch aus Wählerkreisen, die einst hinter den sogenannten Regierungsparteien standen - in steigendem Masse entgegengebracht wird..."

Abg. Kasper (Komm.) nennt in Begründung des kommunistischen Misstrauensantrages die Regierung Braun die machtvollste Stütze der bankerotten Reichsregierung, besonders wenn es sich um die brutale Ausbeutung der Werktätigen und Kleingewerbetreibenden handele. Die Regierung Brüning und Braun könnten überhaupt nur noch existieren, weil sie fortgesetzt die Massen über den wahren Zustand im gegenwärtigen Deutschland betrügen. (Stürm. Zustimmung bei den Komm.)

Abg. Wünzer (Soz.) begründet die Grosse Anfrage seiner Partei über pflichtwidriges Verhalten von Polizeibehörden im Regierungsbezirk Breslau damit, dass vielfach nicht unnachlässig genug gegen Störungen durch Nationalsozialisten und Stahlhelm vorgegangen werde. So habe Landrat Janetzki seine Pflichten

verletzt und sich mitschuldig gemacht an dem Blutvergiessen in Leubusch. Dieser Beamte müsse sofort suspendiert werden. Der Redner führt noch weitere Beispiele dafür an, dass Polizeiorgane gegen Rechtsverbände zu viel Nachsicht zeigen.

Abg. Dr. Boelitz (Dvp.) führt zur Begründung der Anfrage seiner Fraktion aus, dass beim Stahlhelm-Volksentscheid auf Landtagsauflösung Eingriffe in die Meinungsfreiheit der Beamten verübt worden seien, obwohl Minister Severing im Landtag ausdrücklich erklärt habe, die Beamten hätten keine Nachteile zu erwarten. Der Redner verweist dabei u.a. auf die Massregelung von Polizeioffizieren und polemisiert gegen die letzte preussische Notverordnung, die eine solche Radikalisierung auch in der Beamtenschaft zur Folge haben werde, dass man ihre Vorlegung und Aenderung fordern müsse.

Regierungsvertreter beantworten dann die Interpellationen der Fraktionen. Zu der sozialdemokratischen Anfrage über das Verhalten der Polizeibeamten im Breslauer Bezirk wird gesagt, dass der Landrat die politische Spannung in Leubusch unterschätzt habe und ihm das Erforderliche bedeutet worden sei. Dem Amtsvorsteher in Leubusch werde die Missbilligung ausgesprochen. - Auf die kommunistische Anfrage über die Tötung von Arbeitern durch die Polizei wird erwidert, es sei keine Verschärfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch erfolgt, sondern nur eine Klarstellung bestehender Vorschriften, die notwendig geworden sei wegen der terroristischen Ausschreitungen radikaler politischer Gruppen, die selbst vor feigen Meuchelmorden nicht zurückschreckten und an denen der K.P.D. nahestehende Kreise besonderen Anteil hätten. Die Antwort auf die deutschnationale Anfrage über Terrorakte radikaler Links-Verbände lautet dahin, dass die Polizei im Rahmen ihrer Aufgabenbestimmung handle, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und besondere Anordnungen nicht nötig seien. Zur Besetzung des Karl-Liebkecht-Hauses in Berlin wird auf einen Bericht des Polizeipräsidenten mit der Bemerkung verwiesen, dass man Druckschriften hochverräterischen Inhalts dort beschlagnahmt habe.

Abg. Dr. Bohner (Staatsp.) begründet hierauf den Antrag seiner Freunde auf Herabsetzung der Altersgrenze der Beamten und Lehrer mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und dem Wunsch, die Jugend in den Arbeitsprozess einzuschalten. Beamten und Lehrer sollten daher schon bei Erreichung des 60. Lebensjahres die Möglichkeit eines freiwilligen Uebertritts in den Ruhestand erhalten. Der Redner empfiehlt noch den Antrag seiner Fraktion auf Revision der Vermögensauseinandersetzung mit dem früheren Königshause und den Standesherrn.

Um 16½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Wahl des dritten Vizepräsidenten und politische Aussprache.